



Presseschau vom 07.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Pepe Escobar: Pipeline-Terror: Das 9/11 der wilden Zwanziger Jahre

Es steht außer Frage, dass künftige unvoreingenommene Historiker die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Rückkehr der Bärenjungen zu Mutter Bär – Donezk, Lugansk, Cherson und Saporoschje – als Wendepunkt der wütenden 2020er Jahre einstufen werden. ...

<https://kurz.rt.com/38fe> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Amtliche Fake-News-Schleuder: Regierung steckte Hunderte Millionen Euro in Corona-Propaganda

Während chronisch unterfinanzierte Kliniken und Pflegeheime vor dem Kollaps stehen, pumpte die Bundesregierung seit 2020 mehr als eine halbe Milliarde Euro in Propaganda für Corona-Maßnahmen und -Impfungen – darunter viele Falschinformationen. Die Medien verdienten daran fürstlich mit. ...

<https://kurz.rt.com/38gj> bzw. [hier](#)

deu.belta.by: Lösung globaler Probleme, Nuklearwaffen und Traktor für Putin. Worüber sprach Alexander Lukaschenko in Sankt Petersburg?

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat heute am informellen GUS-Gipfeltreffen in Sankt Petersburg teilgenommen. ...

<https://deu.belta.by/president/view/losung-globaler-probleme-nuklearwaffen-und-traktor-fur-putin-woruber-sprach-alexander-lukaschenko-in-62274-2022/>

abends/nachts:

22:25 de.rt.com: US-Außenministerium: USA werden keine Atomwaffen in Ländern stationieren, die der NATO nach 1997 beigetreten sind

Die Vereinigten Staaten haben keine Pläne zur Stationierung von Atomwaffen in Polen und in den Ländern, die der NATO nach 1997 beigetreten sind, erklärte Vedant Patel, stellvertretender Pressesprecher des US-Außenministeriums. Er sagte Journalisten:

"Uns ist nicht bekannt, dass dieses Thema in den Gesprächen zur Sprache gekommen ist. Aber ich kann sagen, dass die USA keine Pläne haben, Atomwaffen auf dem Gebiet von NATO-Mitgliedsstaaten zu stationieren, die nach 1997 beigetreten sind."

Polen ist dem Bündnis im Jahr 1999 beigetreten. Zuvor hatte der polnische Präsident Andrzej Duda erklärt, dass die Stationierung von US-Atomwaffen in Polen ein offenes Thema sei.

22:30 de.rt.com: US-Behörden: Hacker stahlen "sensible" Daten von US-

Rüstungsunternehmen

Eine Gruppe von Hackern infiltrierte das System eines US-Militärauftragnehmers und verschaffte sich so über ein Jahr lang Zugang zu den Netzwerksystemen des Unternehmens. Einem offiziellen Untersuchungsbericht zufolge wurden bei dem Angriff auch sensible Daten erbeutet.

Ein Auftragnehmer des US-Militärs ist Opfer eines Hackerangriffs geworden. Einer Gruppe von Hackern gelang es zwischen Januar und November letzten Jahres demnach, Daten eines in den USA ansässigen Rüstungsunternehmens zu kompromittieren und exfiltrieren. Hierzu nutzten sie offenbar Schwachstellen auf den Microsoft-Exchange-Servern des ungenannten Unternehmens aus, heißt es in einer am Dienstag veröffentlichten gemeinsamen [Erklärung](#) der Cybersecurity and Infrastructure Security Agency (CISA), des FBI und der National Security Agency (NSA).

Um in die Systeme einzudringen, benutzten die bisher nicht identifizierten Eindringlinge den Angaben zufolge ein Open-Source-Toolkit namens Impacket. Anschließend kam offenbar ein maßgeschneidertes Exfiltrationstool namens CovalentStealer zum Einsatz. So gelang es den Hackern, sensible Daten von den Servern des Unternehmens zu stehlen, "einschließlich sensibler vertragsbezogener Informationen von gemeinsam genutzten Laufwerken", heißt es in dem Bulletin. Der erste unautorisierte Zugriff sei demnach bereits im Januar 2021 erfolgt. Während des knapp ein Jahr andauernden Übergriffs "exfiltrierten die Akteure Hunderte von Dateien, die sich auf die Produkte des Unternehmens, dessen Beziehungen zu anderen Ländern sowie interne Personal- und Rechtsangelegenheiten bezogen". In einem Fall nutzten die Hacker laut den in dem Fall ermittelnden Behörden das Konto eines ehemaligen Mitarbeiters, um auf Mailbox-Elemente wie E-Mail-Nachrichten, Meetings und Kontakte zuzugreifen.

Ob der Hack schwerwiegende Auswirkungen hatte, ist nicht bekannt. In einem gemeinsamen Cybersicherheitsbericht, der kurz vor Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar veröffentlicht wurde, bemängelten die US-Sicherheitsbehörden jedoch, dass Hacker seit Jahren US-Verteidigungsunternehmen ins Visier nehmen würden, um so "bedeutende Einblicke" in die Waffen- und Kommunikationsinfrastruktur der Vereinigten Staaten zu erhalten. Um ähnliche Vorfälle künftig verhindern zu können, fordern die US-Sicherheitsbehörden andere Verteidigungsunternehmen dazu auf, die in der gemeinsamen Erklärung beschriebenen Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Im vergangenen Jahrzehnt haben Hacker immer wieder Militär- und Rüstungsunternehmen angegriffen. Dabei wurden viele Daten aus den Bereichen Luftfahrtelektronik, Überwachungstechnik und Netzwerksicherheit gestohlen. So berichtete Defense News im Juni 2018, dass Hacker in die Netzwerksysteme eines Auftragnehmers der US-Marine eindrangen, um an sensible Informationen über geheime Arbeiten an einer Anti-Schiffsrakete zu gelangen. "Die erworbenen Informationen bieten erhebliche Einblicke in die Entwicklungspläne für US-Waffen", hieß es in dem Bericht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ecbd1b480cc032241cd7b.jpg>

22:43 de.rt.com: **Selenskijs Pressesprecher: Präsident rief nicht zu Atomkrieg auf**

Sergei Nikiforow, der Pressesprecher des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, hat erklärt, dass der ukrainische Staatschef "nicht zum Einsatz von Atomwaffen gegen Russland aufgerufen" habe. Ukrainische Medien zitierten Nikiforow:

"Der Präsident hat von einem Zeitraum bis zum 24. Februar gesprochen. Damals hätten Präventivmaßnahmen ergriffen werden müssen, um Russland daran zu hindern, einen Krieg zu entfesseln. Ich möchte daran erinnern, dass die einzigen Maßnahmen, von denen damals die Rede war, präventive Sanktionen waren."

Zuvor hatte Selenskij bei einer Onlinekonferenz des australischen Lowy Institute gesagt, dass die NATO Präventivschläge durchführen solle, anstatt auf russische Atomschläge zu warten.

22:59 de.rt.com: **Abgeordneter der Staatsduma: Konflikt mit Ukraine ist nur kleiner Teil der bevorstehenden Kämpfe**

Der Krieg in der Ukraine werde lange dauern, da dieser Konflikt nur ein kleiner Teil der bevorstehenden Kämpfe sei. Dies erklärte ein Mitglied des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, General Andrei Guruljow. Weiter brachte der Abgeordnete zum Ausdruck: "Denn wir kämpfen nicht gegen Ukrainer."

Europa habe die Aufgabe, Russland zu vernichten, hieß es weiter. Guruljow fügte hinzu, dass Russland weitere Mobilisierungswellen erleben werde. Das Land solle nun auf die Erfahrungen des Großen Vaterländischen Krieges bezüglich der Ausbildung der Reservisten zurückgreifen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633f401d48fbef4b0b62a455.jpg>

Ein russischer Soldat bei der Ausbildung

4:58 de.rt.com: **"Seit 13 Jahren ein Überwachungsinstrument": Telegram-Gründer warnt vor Risiken bei WhatsApp**

Der Messenger WhatsApp sei ein Überwachungsinstrument und werde für Nutzer niemals sicher sein, behauptet Pawel Durow, Gründer von Telegram. Die Sicherheitslücken der App bezeichnet er als eingebaute Hintertüren, die nicht zufällig entstehen.

Laut Pawel Durow, dem Gründer der Chat-App Telegram sowie des sozialen Netzwerks VKontakte, zeigten die Schwachstellen, die im WhatsApp-Messenger neulich entdeckt wurden, dass das von Meta betriebene Produkt in erster Linie ein Überwachungsinstrument sei. Er warnte, dass Hacker vollen Zugriff zum gesamten Inhalt auf Smartphones von Nutzern, die WhatsApp verwenden, bekommen könnten. "Alles, was ein Hacker tun musste, um Ihr Telefon zu kontrollieren, war, Ihnen ein bösartiges Video zu schicken oder einen Videoanruf mit Ihnen auf WhatsApp zu starten", erklärte er am Donnerstag.

Die entdeckten Sicherheitslücken seien für die App nicht neu, ähnliche Probleme seien seit 2017 fast jedes Jahr entdeckt worden, so der Unternehmer. Bis 2016 habe es nach seinen Angaben bei WhatsApp überhaupt keine Datenverschlüsselung gegeben. Er sei sich fast sicher, dass bereits eine neue Sicherheitslücke existiere:

"Das bedeutet, dass es mit ziemlicher Sicherheit bereits eine neue Sicherheitslücke gibt. Solche Probleme sind kaum zufällig, sie sind eingebaute Hintertüren".

Wenn diese "Hintertür" entdeckt und entfernt wird, werde etwas später eine weitere hinzugefügt, behauptete Durow und lud seine Follower ein, seinen Artikel aus dem Jahr 2019 zu lesen, in dem er auf die angeblichen Gefahren des Messaging-Dienstes hinwies.

In seinem Beitrag warnte der Telegram-Entwickler, dass nicht einmal wohlhabende Personen wie Jeff Bezos sicher seien. Im Jahr 2018 wurde das Telefon des Amazon-Gründers gehackt, indem er eine infizierte Nachricht angeblich vom saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman erhalten hatte.

"Aus diesem Grund habe ich WhatsApp schon vor Jahren von meinen Geräten gelöscht", so Durow. Gleichzeitig betonte der 37-jährige Tech-Manager, dass sein Beitrag nicht als Werbung gewertet werden sollte. "Sie können jede beliebige Messaging-App verwenden, aber halten Sie sich von WhatsApp fern, dies ist schon seit 13 Jahren ein Überwachungsinstrument", resümierte er.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ed7d4b480cc3c6e3d6d0c.jpg>

5:27 de.rt.com: **Saudi Aramco erhöht nach OPEC+-Förderkürzungen Ölpreise für die USA**

Die saudische Ölgesellschaft Saudi Aramco hat nach dem OPEC+-Treffen die Ölpreise für die USA erhöht. Derzeitig erhöhte Saudi Aramco den Preis für sein wichtigstes Rohöl, Arab Light, für Asien nicht, obwohl die Marktteilnehmer eine Preiserhöhung erwartet hatten.

Die staatliche saudisch-arabische Ölgesellschaft Saudi Aramco hat die Ölpreise für die USA im November erhöht, berichtete [Bloomberg](#) unter Berufung auf Unternehmensdaten. Die Zeitung schrieb:

"Die Preise für alle Qualitäten für Nordwesteuropa und den Mittelmeerraum wurden gesenkt. Die Preise für alle Sorten in den USA wurden um 20 US-Dollar erhöht."

Zur gleichen Zeit erhöhte Saudi Aramco in Asien den Preis für seine wichtigste Ölsorte Arab Light nicht, obwohl von Bloomberg befragte Raffinerien und Händler einen Preisanstieg von 40 US-Dollar vorhergesagt hatten.

Wie die Nachrichtenagentur feststellte, hätte ein solch starker Anstieg die Spannungen auf dem Ölmarkt erhöht, da die OPEC+ bereits am Vortag eine Produktionskürzung um zwei Millionen Barrel pro Tag beschlossen hatte.

Die neue Kürzung war die größte seit 2020. Die USA lehnten die Entscheidung ab, schrieb

CNN. Den Quellen des Senders zufolge befürchtete die US-Regierung, dass eine Senkung der Tagesproduktion um nur eine Million Barrel pro Tag zu einem Anstieg der Öl- und Benzinpreise im Lande führen würde. Nur fünf Wochen vor den Wahlen zum US-Repräsentantenhaus käme dies für die US-Regierung zu einem "gefährlichen" Zeitpunkt. Die USA starteten daher eine ganze "Kampagne", um ihre Verbündeten im Nahen Osten davon zu überzeugen, gegen die Kürzung zu stimmen. Die Entscheidung, die Produktion zu reduzieren, wurde dennoch getroffen. Als Reaktion darauf werden die USA im November zehn Millionen Barrel Öl aus der strategischen Reserve auf den Markt bringen, um die Rohstoffpreise zu senken.

Gleichzeitig könnte Russland die Produktion noch weiter drosseln, berichtete Bloomberg. Es könnte auf eine solche Maßnahme als Reaktion auf die Einführung einer Obergrenze für die Ölpreise zurückgreifen, die zuvor von der Europäischen Union am 6. Oktober als Teil eines neuen Sanktionspakets genehmigt wurde, so die Agentur. Der Kreml bezeichnete die Entscheidung der EU als absurd und wies darauf hin, dass sie verheerende Auswirkungen auf die Zukunft der Energiemärkte haben und damit "praktisch allen Staaten schaden" könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ef9a848fbef774e4e075c.jpg>

Logo der staatlichen saudi-arabischen Ölgesellschaft Saudi Aramco

5:27 de.rt.com: "**Deutsches Diktat in der Energiepolitik**" – **Polens Ministerpräsident Morawiecki**

Die "Europäische Politische Union" scheint sich eher als europäische politische Zwietracht erwiesen zu haben. Die deutschen Pläne, die Energiekosten durch staatliche Mittel zu subventionieren, fanden keinen Anklang bei den europäischen Nachbarn.

Das Treffen der "Europäischen Politischen Union" scheint [Medienberichten](#) zufolge nicht so freundlich verlaufen zu sein, wie Bundeskanzler Olaf Scholz das gehofft hatte. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagte bei dem Treffen in Prag: "Es ist klar, dass es nicht sein darf, dass die Energiepolitik der Europäischen Union unter dem Diktat Deutschlands umgesetzt wird."

In den letzten Wochen hatte die polnische Regierung die Bundesregierung mehrfach scharf attackiert, Forderungen nach Reparationen gestellt und verlangt, dass Nord Stream 2 demontiert würde. Der heutige Vorwurf fand aber Unterstützung nicht nur bei den Letten, sondern auch beim portugiesischen Ministerpräsidenten António Costa und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Ähnliches wurde gestern bereits bei einem Treffen der Finanzminister geäußert.

Hintergrund dieser Kritik ist die Tatsache, dass sich Deutschland in der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 durch seine Finanzkraft eine stärkere Stützung der Industrie leisten konnte, was sich danach in eine deutlich schnellere Erholung auf Kosten der europäischen Konkurrenz umsetzte. Diese konnte das Vorkrisenniveau nie wieder erreichen, weil ihre Märkte bereits übernommen waren.

"Die deutsche Wirtschaft", so der lettische Premier Krišjānis Kariņš, "ist so groß, dass die Unterstützung, die die deutsche Regierung ihren Unternehmen gibt, den EU-Binnenmarkt verzerren könnte".

"Es darf nicht sein, dass es der polnischen Industrie schlechter geht als der Industrie in Deutschland, Österreich oder anderen Ländern der Europäischen Union", hatte Morawiecki erklärt, und Costa forderte, "dass wir zusätzlich zu den eigenen Kapazitäten der Länder einen europäischen Mechanismus als gemeinsame Antwort der EU haben". Auf eine europäische Lösung setzte auch Macron. Einzig der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte erklärte die deutsche Position für legitim.

Während sich also die versammelten Regierungschefs der EU samt der zusätzlich geladenen Staaten nicht dazu durchringen konnten, die politischen Entscheidungen zurückzunehmen, die die Energienot ausgelöst hatten, führen jetzt die Maßnahmen zur Schadensbegrenzung zu Konflikten innerhalb der Staatengemeinschaft. Im weiteren Verlauf der Krise dürften diese sich noch weiter verschärfen. So liefert beispielsweise die Frage, an wen das in den deutschen Gasspeichern gelagerte Erdgas letztlich geliefert wird, noch viel Zündstoff. Gleichzeitig liegen bereits Pläne der EU-Kommission auf dem Tisch, wirtschaftliche Entscheidungen an sich zu ziehen.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456258736&hash=2d16fc8b4870e30c" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456258736

vormittags:

6:30 de.rt.com: Scholz lobt deutsche Waffen in der Ukraine: "Sie waren bei der Gegenoffensive besonders effektiv"

Bundeskanzler Olaf Scholz zeigt sich zufrieden mit den deutschen Waffen in der Ukraine. Bei der Offensive seien sie besonders effektiv gewesen. Bis jetzt waren es Haubitzen und Luftabwehrsysteme, als Nächstes könnten die Schützenpanzer "Marder" folgen.

Die deutsche Beteiligung am Ukraine-Krieg ist seit Beginn der russischen Militäroperation Ende Februar zu einem der wichtigsten innenpolitischen Themen geworden. Ob Deutschland bereit sei, bei der Unterstützung der Ukraine einen Schritt weiter zu gehen und Panzer aus deutscher Herstellung zu liefern, fragte die Zeitung [Die Welt](#) Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Interview.

Er wies darauf hin, dass Deutschland sich bei der Waffenlieferung über ein Tabu hinweggesetzt habe. Die bisher an die Ukraine gelieferten Panzerhaubitzen 2000, Mehrfachraketenwerfer und die Flugabwehrpanzer Gepard lobte er als "ausgesprochen effektiv". Er betonte:

"Gerade diese Waffen haben sich während der [Gegenoffensive](#) der ukrainischen Streitkräfte als besonders effektiv erwiesen."

Ob Deutschland an die Ukraine künftig auch Panzer liefern werde, sagte er nicht. "Wir arbeiten mit unseren Partnern eng zusammen und verfolgen dabei die Situation sehr genau. Wir werden die Ukraine auch weiterhin unterstützen, solange es nötig ist", so Scholz.

Seit Monaten fordert die Ukraine schwere Kampfpanzer vom Typ "Leopard" aus deutscher Produktion. Sie könnten sich aber für die dortigen Straßen und Brücken als zu schwer erweisen. Die Bundesregierung zögert noch und versucht, die Panzerlieferung vor allem mit den anderen NATO-Staaten abzustimmen. Realistisch ist in der aktuellen Lage die Lieferung der älteren Schützenpanzer vom Typ "Marder".

Dafür spricht der zweitägige Ukraine-Besuch der wichtigen Waffenlobbyistin und außenpolitischen Hardlinerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP. Sie ist am Donnerstagmorgen in Kiew angekommen und will die ukrainischen Stellungen in den zurückeroberten Gebieten im Osten persönlich inspizieren. "Wenn man die Ostukraine zurückerobert will, macht das nach meinem Verständnis Sinn", sagte Strack-Zimmermann dem Spiegel.

"Gerade der Schützenpanzer Marder ist dafür gemacht worden, Stellungen zu bekämpfen. Der wäre ein zusätzliches militärisches Gerät, das in dieser Phase von hoher Relevanz ist."

Die Lieferung von 50 Mardern könnte ihr zufolge noch in diesem Jahr erfolgen. Dafür will sie in Berlin mehr Druck auf das Scholz-Kabinett machen. Sie wird konkret: "Man könnte die Phase bis zum Winter nutzen, um ukrainische Soldaten an den Mardern auszubilden." Das Argument, dass die Bundeswehr selbst auf weitere Panzer nicht verzichten könne, lässt Strack-Zimmermann laut Spiegel nicht gelten. "Ich weiß definitiv, dass die Industrie in der Lage ist, 50 Marder innerhalb eines Jahres zu kompensieren und dem Heer zurückzugeben."

Wiesbaden als Mega-Polygon für die ukrainische Armee

Bisher bilden einzelne EU-Nationen in bilateralen Projekten Ukrainer aus. So trainierte die Bundeswehr in Deutschland Mannschaften für die von Berlin gelieferten Waffensysteme wie die Panzerhaubitze 2000 oder den Flugabwehrpanzer Gepard. Aktuell wird an verschiedenen Standorten weiteres Personal für diese und andere deutsche Systeme geschult.

Deutschland plant bereits eigene Schulungen durch die Bundeswehr. So könnte das Heer laut Spiegel ukrainische Kommandeure in einem Gefechtssimulationszentrum in Taktik schulen.

Auch Pioniere, Minenräumer, Sanitäter und andere Spezialisten sollen in Deutschland trainiert werden.

Außerdem plant das Pentagon [US-Medienberichten zufolge](#), ein Trainingszentrum für ukrainische Soldaten in Wiesbaden zu schaffen. Diese sollen dort den Umgang mit westlichen Waffen trainieren.

Schon jetzt findet ein Großteil der Ausbildung ukrainischer Soldaten an US-Waffensystemen in der hessischen Landeshauptstadt oder in ihrer Nähe statt. Die Ausweitung des Ausbildungsprogramms soll die Ausbildung von vielen Tausend ukrainischer Soldaten und Offizieren nun nach Fließbandprinzip ermöglichen. Allein in Wiesbaden sollen sich 300 US-Militärkräfte um die Ausbildung kümmern.

Wie Militärbeobachter aus Russland berichten, habe es die russische Armee fortan mit einer anderen Armee zu tun als noch zu Beginn der militärischen Spezialoperation. Die alte ukrainische Armee sei bereits zerschlagen worden. Die neue Armee werde nahezu komplett von der NATO ausgebildet und bewaffnet. Dabei kämpfe sie mit den Resten der Sowjettechnologie, die aus alten Waffenbeständen - vor allem aus osteuropäischen Staaten - geliefert wurden. Zum Einsatz komme nun zunehmend modernere Ausrüstung aus dem Westen sowie der Türkei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633f07ecb480cc54282a306c.jpg>

Bundeschkanzler Olaf Scholz inspiziert das Trainingsgelände in Putlos in Schleswig-Holstein am 25. August. In Putlos werden ukrainische Soldaten an den deutschen Luftabwehrpanzern "Gepard" ausgebildet.

6:45 de.rt.com: **USA der mit Abstand wahrscheinlichste Täter – Jeffrey Sachs zu Pipeline-Sabotage**

Mehrere Staaten könnten ein Interesse an der Sabotage der Nord Stream-Pipelines haben. Ein Land mache daraus keinen Hehl und habe zudem die Möglichkeit, so Politikanalyst Jeffrey Sachs. Gegenüber der Berliner Zeitung konkretisiert er weitere Punkte, die seine Analyse untermauern.

Jeffrey Sachs legt nach. Auf Anfrage der Berliner Zeitung vertiefte er am Mittwoch seine Analyse, dass die USA hinter der Zerstörung der Gaspipelines zwischen Russland und Europa stecken könnten. Dabei verweist der Politikanalyst und Wirtschaftswissenschaftler unter anderem auf ausdrückliche Warnungen aus den Vereinigten Staaten.

Mit seinem öffentlich geäußerten Verdacht, dass die USA den Sabotageakt an den Nord Stream-Pipelines ausgeführt haben könnten, schockierte der an der renommierten Columbia University lehrende US-Ökonom nicht nur die Bloomberg-Journalisten im Interview. Sachs erklärte seinen Verdacht auch damit, dass Radar-Überwachungen gezeigt hatten, wie Helikopter des US-Militärs, welche eigentlich in Danzig stationiert seien, über den Pipelines kreisten.

Dass es sich bei den Explosionen um einen Sabotageakt gegen die Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 handelte, durch die Ende September plötzlich mehrere Lecks geschlagen wurden, zweifeln wenige an. Ausdrücklich hatten diesen Schluss nicht nur Politiker aus Schweden, dessen Wirtschaftszone betroffen war, geäußert, wie Premierministerin Magdalena Andersson, sondern auch EU und NATO gehen von Sabotage aus. Allerdings gibt es weiterhin Spekulationen über die Urheber.

Die von einigen vorgebrachte Theorie, dass Moskau oder das russische Betreiber-Unternehmen Gazprom dahinter stecken könnte, hält Sachs für wenig glaubhaft, da dies schon mit Blick auf die Verluste widerlegt sei:

"Das widerspricht den Interessen Russlands. Russland verliert Einkommen, finanzielles Vermögen und Verhandlungsmacht", erklärte er gegenüber der Berliner Zeitung. Demnach hat das russische Unternehmen Gazprom durch die Lecks Hunderte Millionen Kubikmeter Gas im Wert von 1,6 Milliarden Euro verloren.

Demgegenüber würden die USA strategisch und finanziell von der Operation profitieren.

Sachs hatte bereits zuvor auf den so unangebrachten wie aufschlussreichen Kommentar des US-Außenministers Antony Blinken verwiesen, dass die Zerstörung der Pipelines – immerhin kritische Infrastruktur für Europa – auch eine "enorme Chance" biete.

Zuvor hatte Sachs bereits betont, dass wohl auch Polen hinter der Aktion stehen könnte. Gegenüber der Berliner Zeitung sagte er diese Woche, auch die Ukraine könnte ein Interesse daran haben, die Pipeline zu zerstören, jedoch fehlten dem Land die Fähigkeiten und der militärische Zugang zu dem Gewässer.

Die USA seien von Anfang an gegen die Pipelines gewesen, betonte Sachs gegenüber der Berliner Zeitung. "Sie warnten im Voraus vor der Zerstörung der Pipelines. Sie verfügen auch über die technischen Mittel für solch eine Aktion. Wahrscheinlich war es eine Boeing P-8 Poseidon, die auch von Überwachungsmonitoren gesehen wurde."

Die USA sind somit laut Sachs aus verschiedenen Gründen "der mit Abstand wahrscheinlichste Täter hinter der Aktion." Für Deutschland bedeute dies einen massiven Schaden, russisches Gas könne so nicht mehr so schnell geliefert werden, was Sachs auch als Motiv oder Grund ansieht.

Weiterhin analysiert Sachs, dass in der aktuellen Energiepreiskrise einzelne Maßnahmen wie die von der Bundesregierung geplante Gaspreisbremse die Wirtschaft insgesamt kaum retten würden. Während Haushalte und Unternehmen so zwar liquide blieben, werde die "europäische Wirtschaft, einschließlich der deutschen Wirtschaft, ... aufgrund der physischen Begrenzung der Energieversorgung schrumpfen."

Die Wirtschaftskrise Europas hänge direkt mit dem Krieg in der Ukraine zusammen, eine Beilegung des Konflikts haben nach Ansicht des Politikanalysten Washington und London blockiert, indem sie der von Russland bereits im März verlangten Neutralität der Ukraine nicht zustimmten. Europa müsse hier von beiden mehr Kompromissbereitschaft verlangen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ee0d548fbef777060d5d2.jpg>

Wasser über dem Gasleck in der Ostsee, Donnerstag, 29. September 2022

8:05 de.rt.com: Ukrainische Einheiten beschießen Bus im Gebiet Cherson – vier tote Zivilisten

Das ukrainische Militär hat einen Bus im Gebiet Cherson mit HIMARS-Raketen beschossen, berichtet die Nachrichtenagentur TASS unter Verweis auf örtliche Rettungsdienste:

"Um 07:05 Uhr haben die ukrainische Streitkräfte das Gebiet um die Brücke von Darjewka beschossen und dabei vier HIMARS-Raketen abgefeuert. Die Raketen trafen einen zivilen Bus. Vier Zivilisten sind umgekommen, drei wurden schwer verwundet. Die Opferzahl ist vorläufig, die Bergung dauert an."

8:48 de.rt.com: Ukrainische Soldaten erschießen 16 Zivilisten im Gebiet Cherson

Im Dorf Welikaja Alexandrowka im Norden des Gebiets Cherson haben ukrainische Soldaten

16 Zivilisten erschossen. Dies meldete der stellvertretende Verwaltungschef der Region Kirill Stremousow. Er berichtete der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:
"Soeben kam die Meldung, dass in Welikaja Alexandrowka vor den Augen eines Zeugen 16 Zivilisten erschossen wurden. Es wurden wahllos Leute gefasst und erschossen – Männer, Frauen, egal. Dies geschah vor den Augen eines Zeugen, er hat es selbst gesehen."
Das Dorf Welikaja Alexandrowka liegt in einer Pufferzone und wurde nach Stremousows Angaben jüngst von ukrainischen Streitkräften besetzt.
In den sozialen Netzwerken kursiert inzwischen ein [Video](#), das vermutlich eine der Erschießungen zeigt (Achtung, verstörender Inhalt!)

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 07.10.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 30 Mann;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 2 Artilleriegeschütze;
- 7 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Kremennaja** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 4 Raketen abgefeuert.

Informationen über Schäden und Verletzte werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 6. Oktober haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Petrowskoje und Schpotino zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Heute, am 7. Oktober 2022, wird der 8. Jahrestag der Gründung der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik begangen. Vor genau 8 Jahren wurde die Verteidigungsarmee der jungen Republik gebildet, die Soldaten verteidigten und verteidigen die rechtmäßigen Rechte der Bürger, vom ukrainische Nazismus frei zu sein mit Ehre und nennen sich mit stolz russische Bürger.

Dank dem Beginn des militärischen Spezialoperation und der Unterstützung der Streitkräfte der RF haben wir systematisch begonnen unsere Territorien Stadt für Stadt zu befreien, heute kann stolz erklärt werden, dass die Lugansker Volksrepublik dank unserer Truppen frei von ukrainischer Besatzung ist und ihre territoriale Integrität bewahrt.

Im Namen des Kommandos und in meinen eigenen will allen Soldaten der Volksmiliz der LVR zu diesem bedeutsamen Tag gratulieren. In den acht Jahren ihrer Existenz ist aus kleinen Abteilungen der Volksmiliz eine mächtige Kraft entstanden, die in der Lage ist das Recht der Lugansker Volksrepublik, Teil der Russischen Welt zu sein, zu verteidigen. Ich will starke Gesundheit, berufliche Entwicklung und einen friedlichen Himmel wünschen. Zum Feiertag!

9:07 de.rt.com: "**Mini-Auschwitz**" – **Kiews Mär von "russischer Folter" in Charkow**
Kiew stellt medienwirksam einen Plastikbehälter mit Goldzähnen zur Schau, will Moskau hiermit Gräueltaten unterschieben. Wie sich herausstellt, stammt das Artefakt aus dem Besitz eines ortsansässigen ukrainischen Zahnarztes. Ausgerechnet das Springerblatt Bild entlarvte

den Schwindel.

Am vergangenen Dienstag veröffentlichte das ukrainische Verteidigungsministerium auf [Twitter](#) ein Bild einer sogenannten "Folterkammer" in Piski-Radkiwski, einer Stadt in der Region Charkow. Das Foto zeigt eine Gasmasken, die nach Angaben der ukrainischen Behörde bei der Folter der lokalen Bevölkerung verwendet worden sein soll, sowie einen Plastikbehälter mit goldenen Zahnkronen. Das ukrainische Verteidigungsministerium nannte den Fund ein "Mini-Auschwitz" und spielte damit auf ein berühmtes Foto aus dem Konzentrationslager Auschwitz an, das Kisten voller Goldzähne zeigt, die den Gefangenen vor ihrer Ermordung gezogen wurden.

"Wie viele werden noch in der besetzten Ukraine gefunden werden?", fragte das Ministerium in einem Tweet und deutete damit an, dass russische Soldaten Gräueltaten begangen hätten. Der Tweet löste großes Entsetzen aus. International griffen Medien die Meldung auf und sprachen von "russischen Folterkammern".

Allerdings hat die Darstellung des ukrainischen Verteidigungsministeriums einen völlig falschen Eindruck vermittelt. Laut dem Boulevardblatt [Bild](#), das zu den Hintergründen Recherchen anstellte, gehörten diese Zahnkronen offenbar nicht ukrainischen Folteropfern, sondern Patienten eines ortsansässigen Zahnarztes.

"Diese Zähne sehen aus wie jene, die aus meiner Sammlung gestohlen wurden", zitierte das Springerblatt einen 60-jährigen Mann namens Sergei, als ihm das von den ukrainischen Behörden verbreitete Foto gezeigt wurde. "Ich bin der einzige Zahnarzt hier. Wenn sie also hier gefunden wurden, müssen sie von mir stammen."

Die Frage, ob die Zähne von Toten stammen könnten, verneinte der Zahnarzt. "Oh Gott nein! Sie gehörten den Menschen, die ich all die Jahre behandelt habe. Ich habe diese Zähne gezogen, weil sie schlecht waren", erklärte er. "In 30 Jahren habe ich Zehntausende Zähne entfernt. Dies ist nur ein Bruchteil davon. Manchmal ziehe ich am Tag fünf bis acht Zähne", sagte er der Zeitung.

Prompt lieferte das Boulevardblatt, das antirussischer Propaganda auch der absurderen Art sonst nicht abgeneigt ist, eine andere Erklärung, die die Russen in schlechtem Licht erscheinen lässt. Bild zitierte den Zahnarzt mit der Aussage, dass russische Soldaten den Behälter gestohlen haben könnten, entweder weil sie dachten, die Kronen seien aus Gold oder um die Anwohner damit einzuschüchtern.

Trotzdem sah sich das Blatt in den sozialen Netzwerken mit dem Vorwurf konfrontiert, "russische Propaganda" zu verbreiten. Paul Ronzheimer, stellvertretender Chefredakteur des Blattes, rechtfertigte sich auf [Twitter](#):

"Es war erwartbar, ist aber dennoch traurig zu sehen, wie viele Accounts hier ausgerechnet mir "russische Propaganda" vorwerfen, nur weil wir vor Ort recherchiert und unsere Erkenntnisse zum Foto der Kiste mit Zähnen veröffentlicht haben. Das ist einfach unser Job, god damn!"



<https://pbs.twimg.com/media/FeQN31fXwAEyvQt?format=jpg&name=small>



<https://pbs.twimg.com/media/FeQN5SpXEAAgb9a?format=jpg&name=small>

9:23 de.rt.com: **Habecks Prognose für 2023: Inflation noch höher, Wirtschaftsleistung weiter runter**

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck wird kommende Woche eine sogenannte Herbstprojektion verkünden. Die "Bild" erfuhr vorab Details aus dem Papier. Laut einem Artikel (Bezahlschranke) der [Springer-Zeitung Bild](#) rechnet Vizekanzler Robert Habeck mit "einem Konjunktüreinbruch 2023 und weiterhin sehr hoher Inflation". Diese Prognosen sind Bestandteil eines Positionspapiers aus dem Ministerium des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), das kommende Woche vorgestellt werden soll. Der Titel lautet: "Herbstprojektion".

Laut der Bild soll die deutsche Wirtschaftsleistung, entgegen vorheriger Prognosen aus dem BMWK – 2,5 Prozent Wachstum –, im Jahr 2023 um 0,4 Prozent schrumpfen. Weitere

Details aus dem Papier sollen ankündigen:

Die Preise werden im Schnitt um 8 Prozent zulegen – stärker als noch in diesem Jahr (+ 7,9 Prozent).

- Die Konsumausgaben steigen um 6,3 Prozent, niedriger als die Inflationsrate.
- Die Arbeitslosenquote steigt voraussichtlich von 5,2 Prozent auf 5,4 Prozent.
- Die Löhne könnten im Schnitt um 5,4 Prozent erhöht werden (dieses Jahr: + 6 Prozent).
- Die Sparquote sinkt leicht von 10,2 Prozent auf 9,6 Prozent.

Marcel Fratzscher, Vorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), gab gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters folgende Einschätzung ab:

"Wir erleben eine äußerst ungewöhnliche Rezession, da sie in erheblichem Maße durch einen Rückgang des privaten Konsums getrieben wird, was auch die wirtschaftliche Erholung schleppend und langwierig machen dürfte."

Ob es hinsichtlich dieser Ankündigungen zu weiteren Entlastungspaketen in Milliardenhöhe kommen muss, ist soweit nicht bekannt. Eine Sprecherin des BMWK teilte auf eine [Anfrage der Wirtschaftswoche](#) lediglich mit : "Es gibt noch keine finalen Zahlen. Die finalen Arbeiten dauern an".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633fc59548fbef4b0b62a469.jpg>

Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) – Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz und Vizekanzler

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 07.10.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **212 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm abgefeuert.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starb ein Zivilist, 5 wurden verletzt**. 25 Häuser und 5 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Panzer, 8 Panzer- und Spezialfahrzeuge und 1 Drohne.

Die Verluste an Personal des Gegners betrugen 50 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:43 de.rt.com: **Anzahl der Todesopfer bei ukrainischem Raketenangriff auf Bus im Gebiet Cherson gestiegen**

Das Gesundheitsministerium des Gebiets Cherson hat die Anzahl der Zivilisten, die bei dem ukrainischen Raketenangriff auf einen Bus getötet wurden, auf fünf beziffert. Zuvor hatten die lokalen Rettungsdienste vier Tote gemeldet. Die Bergungsarbeiten würden weiter andauern, sodass auch diese neuen Angaben noch nicht endgültig seien, so die Behörde weiter. Inzwischen veröffentlichte der Fernsehkanal Swesda außerdem [Videoaufnahmen](#) der zerstörten Fahrzeuge.

Das ukrainische Militär hatte zuvor bei dem Versuch, die Brücke von Darjewka im Gebiet Cherson zu beschießen, einen zivilen Bus mit einer HIMARS-Rakete getroffen.

9:53 de.rt.com: **Russisch-britischem Aktivisten drohen 20 Jahre Haft wegen Hochverrats**

Dem Aktivisten und Journalisten Wladimir Kara-Mursa wird vorgeworfen, durch seine Unterstützung für NATO-Mitgliedstaaten die russische Staatssicherheit gefährdet zu haben. Im Falle einer Verurteilung drohen ihm bis zu 20 Jahre Haft.

Der oppositionelle Aktivist Wladimir Kara-Mursa wurde wegen seiner Zusammenarbeit mit Organisationen aus NATO-Mitgliedstaaten des Hochverrats angeklagt. Dies berichteten mehrere Medien am Donnerstag unter Berufung auf Quellen aus den russischen Strafverfolgungsbehörden.

Kara-Mursa, der sowohl die russische als auch die britische Staatsbürgerschaft besitzt, wird Berichten zufolge verdächtigt, ausländische Mächte, die Russland feindlich gesinnt sind, unterstützt und begünstigt zu haben. Der Aktivist ist Vize-Vorsitzender der in Washington ansässigen "Free Russia Foundation" (Stiftung für ein freies Russland), einer von der US-Regierung finanzierten Interessengruppe, die auf einen Regimewechsel in Moskau hinarbeitet. Laut der Tageszeitung Iswestija werfen ihm die Strafverfolgungsbehörden vor, Mitarbeiter ausländischer Geheimdienste beraten und für seine Dienste 30.000 US-Dollar pro Monat erhalten zu haben.

Von der russischen Ausgabe von RT und der Nachrichtenagentur TASS zitierte Quellen behaupteten zudem, Kara-Mursa habe jahrelang mit Organisationen in NATO-Mitgliedstaaten zu tun gehabt und ihnen dabei geholfen, die nationale Sicherheit Russlands zu untergraben. Die Quelle von RT nannte dieselbe Summe an finanzieller Entschädigung, die Kara-Mursa angeblich erhalten haben soll.

Die russischen Strafverfolgungsbehörden sagten gegenüber den Medien, dass sie glauben, beweisen zu können, dass die Handlungen des Aktivisten Hochverrat darstellen. Ein solches Urteil würde eine Freiheitsstrafe von bis zu 20 Jahren nach sich ziehen.

Kara-Mursa ist seit Langem ein prominentes Mitglied der oppositionellen und regierungsfeindlichen politischen Kräfte in Russland. Er erregte die Aufmerksamkeit der westlichen Presse, weil er angeblich zwei Vergiftungen überlebt haben soll, die er und andere Kritiker der russischen Regierung als Attentate bezeichneten und sie mit der kritischen Haltung von Kara-Mursa gegenüber den russischen Behörden in Verbindung brachten.

Der 41-Jährige befindet sich seit Ende April in Gewahrsam der russischen Behörden, nachdem gegen ihn wegen Verleumdung der Streitkräfte des Landes Ermittlungen aufgenommen wurden. Der Fall geht auf eine Rede zurück, die er im vergangenen März vor dem Kongress des Bundesstaates Arizona hielt, in der er russischen Truppen in der Ukraine mutmaßliche Kriegsverbrechen vorwarf. Westlichen Medien zufolge hat Kara-Mursa in den USA die Berechtigung zum Daueraufenthalt.

Das russische Justizministerium bezeichnete ihn am Tag seiner Festnahme als ausländischen

Agenten. Der ehemalige Journalist war ein Vertrauter des im Jahr 2015 ermordeten Oppositionspolitikers Boris Nemzow und steht auch dem russischen Exil-Oligarchen Michail Chodorkowski nahe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633fda1ab480cc39ec52a4c5.jpg>

Wladimir Kara-Mursa

10:19 de.rt.com: **Puschilin: Frontlinie bei Kremennaja stabilisiert, Verstärkung unterwegs**

Die Lage am Frontabschnitt bei Krasny Liman bleibt schwierig. Dennoch kommt die Front zum Stehen, während die russischen Streitkräfte Verteidigungsstellungen in der Nähe von Kremennaja errichten. Dies erklärte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Er sagte:

"Die Situation am Abschnitt bei Krasny Liman bleibt die schwierigste. Die Verteidigungslinie wird jetzt bei Kremennaja aufgebaut. Der Gegner versucht buchstäblich Tag und Nacht, unsere Verteidigung zu durchbrechen. Dennoch kann man sagen, dass sich die Frontlinie stabilisiert."

Puschilin fügte hinzu, dass dieser Abschnitt in Kürze verstärkt werde. Anschließend könnten die russischen Streitkräfte in die Gegenoffensive übergehen:

"Verstärkung ist unterwegs. Man kann nicht sagen, dass die Lage einfach ist, sie bleibt schwierig. Aber unter Berücksichtigung der Motivation und des Verständnisses für die Wichtigkeit dieses Abschnitts sind alle Möglichkeiten gegeben, Kräfte zu sammeln und die Befreiung der Gebiete in Angriff zu nehmen."

10:43 de.rt.com: **Merkel: Frieden in Europa nur mit "Einbeziehung Russlands" möglich**
Angesichts der drohenden Eskalation des Ukraine-Kriegs hat die ehemalige deutsche Regierungschefin davor gewarnt, Drohungen Moskaus als Bluff abzutun. Langfristig sei der Frieden in Europa nur mit Russland möglich.

Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel hat davor gewarnt, die Aussagen Russlands in Bezug auf den Ukraine-Krieg nicht ernst zu nehmen, wie die Nachrichtenagentur dpa berichtete.

Der Krieg sei eine "tiefgreifende Zäsur", so Merkel auf einer Veranstaltung am Donnerstagabend in München. Sie fügte hinzu:

"Wir (sind) alle gut beraten (...), Worte ernst zu nehmen und sich ernsthaft mit ihnen auseinanderzusetzen und sie nicht von vornherein als Bluff einzustufen."

Ein dauerhafter Frieden in Europa sei nur möglich, wenn man Russland einbeziehe.

"Solange wir das nicht wirklich geschafft haben, ist auch der Kalte Krieg nicht wirklich zu Ende."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633fe76eb480cc09b026a378.jpg>

11:02 de.rt.com: **Russische Streitkräfte befreien Otradowka und Wesselaja Dolina in der DVR**

Russische Truppen haben Otradowka und Wesselaja Dolina befreit, wie das DVR-Hauptquartier mitteilte. Auf seinem Telegram-Kanal schrieb das Hauptquartier: "Seit dem 7. Oktober 2022 haben die Truppen der DVR und der LVR auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik mit Feuerunterstützung der russischen Streitkräfte Otradowka, Wesselaja Dolina und Saizewo befreit."

Diese Siedlungen liegen zehn Kilometer von Artjomowsk entfernt, nicht weit von Saizewo, aus dem die ukrainischen Streitkräfte am Vortag vertrieben werden konnten. Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte beliefen sich dort auf 120 Gefallene und drei Schützenpanzer. Zuvor hatte DVR-Chef Puschilin erklärt, die ukrainische Armee habe ihre Reserven aus Artjomowskoje verlegt, um eine Offensive in Richtung Kupjansk zu starten. Dadurch sei es den russischen Truppen gelungen, in das Gebiet vorzudringen, während die Ukrainer zum Rückzug gezwungen waren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633fec2ab480cc0a413993ba.jpg>

Ein Artillerist der russischen Streitkräfte feuert eine 122-mm-Haubitze D30 auf ukrainische Stellungen in der Nähe von Bachmut, Gebiet Donezk

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 7. Oktober 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik Otradowka, Wesjolaja Dolina und Sajzewo befreit.

Unsere Truppen setzen die Offensive in mehreren Richtung fort!



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/VTCilH7mYqyB4uhR1uG5mUUQWrBz2UmPl9ZK_3O8YsGHJfKsohudEYMGeod3X2oK8HvK649rAsg-gylqh78dGO0AQjjarTBgeXVN6xNkuGQqYuTBRDQUcCZDt_QH0bogLUbyyJ0LhWUFGMQ6nSk_NLLaobewfHAabaLFJ_ofP5D4toRgY8I8VtznKA_mAcDhKBHzIyJ9epm2z98SR3yc53-yR0oWAKJfYbyPhb5xAu4KnnStuRx8AcHzIFFdLqi3Ts7ZTZtnZAMHVxPRu6SqLYAnw_uD8M-rIXBeVThKhIL4-jlJrdPwlKSLDI93bvVWAHYY_fceqKinc0DOwl3kw.jpg

12:33 (11:33) deu.belta.by: **Lukaschenko unterzeichnete Direktive über Unzulässigkeit von Preiserhöhungen**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko unterzeichnete am 6. Oktober die Richtlinie Nr. 10 "Über die Unzulässigkeit von Preiserhöhungen", teilt der Pressedienst des belarussischen Staatschefs mit.

Die Direktive wurde mit dem Ziel angenommen, eine sofortige und harte Antwort auf die aktuelle Lage auf dem Verbrauchermarkt zu geben. Um die Interessen der belarussischen Bürger und Organisationen zu schützen, weitere Preiserhöhungen zu verhindern, ein wirksames System der Preiskontrolle und der Versorgung des inländischen Verbrauchermarktes mit Waren einzuführen, sieht die Richtlinie ein Verbot von Preiserhöhungen vor, und verpflichtet, den inländischen Markt bedingungslos mit Waren und Dienstleistungen zu versorgen.

In der Richtlinie ist auch die Haftung für ihre unzureichende Umsetzung festgelegt.

Es wurde eine Arbeitsgruppe mit Natalja Kotschanowa, der Vorsitzenden des Rates der Republik, an der Spitze eingesetzt, die Maßnahmen zur Preisregulierung ausarbeiten soll. Die Arbeitsgruppe hat innerhalb von zehn Tagen Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Preisregulierung zu erarbeiten und dem Ministerrat vorzulegen, die Preise und die Lage auf dem Verbrauchermarkt ständig zu überwachen, die Kontroll- und Strafverfolgungsbehörden über die festgestellten Verstöße zu informieren und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Regierung wurde beauftragt, bis zum 20. Oktober aufgrund der Vorschläge der Arbeitsgruppe ein System der Preisregulierung zu verabschieden und umzusetzen sowie eine wirksame Kontrolle der Preisdisziplin zu sichern.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1665135505_62261_big.jpg

11:39 de.rt.com: **Immer mehr NATO-Söldner in ukrainischen Streitkräften**

An der Frontlinie in der DVR steigt die Anzahl von Söldnern aus den NATO-Staaten, die für die ukrainische Armee kämpfen. Sie fungieren nicht nur als Ausbilder, sondern auch als Kommandeure einzelner Verbände. Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, erklärte diesbezüglich:

"Der Gegner ist nicht mehr derjenige, der er im Jahr 2014 war. Jetzt kämpfen wir nicht nur gegen bewaffnete Verbände der Ukraine. Die Präsenz der NATO ist deutlich sichtbar, nicht nur bei Waffen und Munition. Zuerst dienten sie als Ausbilder, jetzt kommandieren sie gemischte Verbände. Wir beobachten sehr viele Söldner – aus Polen, aus Großbritannien. Zuletzt wurden ukrainische Truppen auf britischem Gebiet ausgebildet. Sie lassen jede Zurückhaltung fallen und zeigen offen ihre Präsenz. Uns bleibt nur noch, zu siegen."

nachmittags:

12:15 de.rt.com: **Japan verhängt Sanktionen gegen 80 Russen und neun Unternehmen**

Die japanische Regierung hat wegen der Referenden und des Beitritts der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR, LVR) sowie der Gebiete Cherson und Saporoschje zu Russland Sanktionen gegen neun russische Organisationen und 80 Einzelpersonen verhängt. Dies berichtete die Nachrichtenagentur TASS.

Die Beschränkungen betreffen insbesondere Verwandten des tschetschenischen Staatschefs Ramsan Kadyrow, des russischen Verteidigungsministers Sergei Schoigu, der Sprecherin des Föderationsrates, Walentina Matwijenko, des russischen Ministerpräsidenten Michail Mischustin, des stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, und der ehemaligen Leichtathletin Alina Kabajewa. Sanktionen wurden zudem gegen Familienmitglieder von Rosgwardija-Chef Wiktor Solotow sowie gegen den ständigen Vertreter des Präsidenten im Nordkaukasus-Föderalen Bezirk, Juri Tschaika, den Präsidenten des Motorradclubs Night Wolves, Alexander Saldastanow, und die Chefredakteurin des Fernsehsenders RT, Margarita Simonjan, verhängt.

Das aktualisierte Dokument enthält 58 Russen und neun Organisationen aus Russland sowie weitere 23 Personen, die mit den neuen Subjekten der Russischen Föderation in Verbindung stehen. Sie werden restriktiven Maßnahmen wie dem Einfrieren von Vermögenswerten unterworfen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ff35ab480cc09b026a384.jpg>

12:34 de.rt.com: **"Putin scherzt nicht": Joe Biden warnt vor Nuklear-Armageddon**

Inmitten von Spekulationen über den möglichen Einsatz von taktischen Atomwaffen in der Ukraine hat US-Präsident Joe Biden erklärt, dass die Welt zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg und der Kubakrise von einem Atomkrieg bedroht sei.

US-Präsident Joe Biden hat erklärt, das Risiko eines Atomkriegs sei aktuell so hoch wie seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges in den 1960er-Jahren nicht mehr. Der 79-Jährige behauptete zudem, dass Russland versuchen könnte, einen Teil seines Atomwaffen-Arsenals in der Ukraine einzusetzen.

Bei einem Auftritt in New York warnte Biden unter Berufung auf die Bibel vor einer möglichen nuklearen Vernichtung und fügte hinzu, die zunehmenden Feindseligkeiten zwischen Russland, der Ukraine und dem Westen könnten zu einem regelrechten Armageddon eskalieren. Wörtlich sagte er:

"Zum ersten Mal seit der Raketenkrise mit Kuba haben wir eine direkte Bedrohung durch den Einsatz von Nuklearwaffen, wenn die Dinge so weitergehen wie bisher. Seit Kennedy waren wir nicht mehr mit der Aussicht auf ein Armageddon konfrontiert."

Weiter teilte Biden mit, er kenne Wladimir Putin gut. Das russische Militär sei in der Ukraine angeblich unterlegen und daher könnte Putin zu Atomwaffen greifen, so der US-Präsident:

"Er scherzt nicht, wenn er über den möglichen Einsatz taktischer Atomwaffen oder biologischer oder chemischer Waffen spricht, denn sein Militär ist deutlich unterlegen, könnte man sagen."

Anfang dieser Woche brachte die Pressesprecherin des Weißen Hauses Karine Jean-Pierre zum Ausdruck, dass die US-Behörden keinen Grund gesehen hätten, die eigene strategische Nuklearposition anzupassen, da es keine Anzeichen dafür gebe, "dass Russland sich darauf vorbereitet, in Kürze Atomwaffen einzusetzen". Der Sprecher des Pentagon Brigadegeneral Patrick Ryder wiederholte diese Äußerungen am 6. Oktober und betonte, Russland habe keine Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen getroffen.

Moskau schloss einen Einsatz von Atom- oder Chemiewaffen in der Ukraine wiederholt aus. Am 21. September kündigte Russlands Präsident Putin eine Teilmobilmachung an und beschuldigte den Westen der "nuklearen Erpressung" und des Bestrebens, Russland "in eine Vielzahl von tödlich verfeindeten Regionen und Gebieten" aufzulösen. Der Staatschef erinnerte daran, dass auch Russland über Atomwaffen verfüge. Das Land sei bereit, sich mit allen Mitteln zu verteidigen und dies sei kein Bluff, unterstrich Wladimir Putin.

Unterdessen forderte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij am 6. Oktober in einem Videointerview mit dem Lowy Institute in Australien die NATO auf, Präventivschläge gegen Russland durchzuführen, anstatt zu warten, bis Moskau Atomwaffen einsetze. Selenskij

wörtlich:

"Was sollte die NATO tun? Verhindern, dass Russland Atomwaffen einsetzt. Vor allem aber appelliere ich noch einmal an die internationale Gemeinschaft, wie schon vor dem 24. Februar: Präventivschläge, damit die Russen wissen, was mit ihnen geschieht, wenn sie sie einsetzen. Nicht umgekehrt auf Russlands Nuklearschläge warten, um dann sagen zu können: 'Ah, so seid ihr also, na dann kriegt ihr es jetzt zurück'."

Wenig später meldete sich der ukrainische Präsidentensprecher Sergei Nikiforow zu Wort und erklärte, dass Selenskij nicht zum Einsatz von Atomwaffen gegen Russland aufgerufen habe: "Der Präsident hat von einem Zeitraum bis zum 24. Februar gesprochen. Damals hätten Präventivmaßnahmen ergriffen werden müssen, um Russland daran zu hindern, einen Krieg zu entfesseln. Ich möchte daran erinnern, dass die einzigen Maßnahmen, von denen damals die Rede war, präventive Sanktionen waren."

Jedoch kommentierte Stéphane Dujarric, der Sprecher des UN-Generalsekretärs, die Äußerungen des ukrainischen Staatschefs mit den Worten, dass selbst eine Diskussion über einen Atomkonflikt inakzeptabel sei. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa unterstrich ihrerseits, dass der Westen mit den Händen von Selenskij einen Atomkrieg anzettele.

Die politische, diplomatische und militärische Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR im Oktober 1962 ging als Kubakrise in die Geschichte ein. Auslöser war die Stationierung von US-Atomwaffen in der Türkei und sowjetischer Atomwaffen auf Kuba. Die Eskalation wurde durch ein Gespräch zwischen dem Ersten Sekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow und US-Präsident John F. Kennedy beseitigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ffaeb48fbef7a251fff66.jpg>

Joe Biden

12:43 de.rt.com: **DVR übernimmt offizielle Währungskurse der russischen Zentralbank**

Ab dem 6. Oktober gelten in der Donezker Volksrepublik die offiziellen Währungskurse und den Leitzinssatz der Zentralbank der Russischen Föderation. Dies meldete am heutigen Freitag der Pressedienst der Zentralen Republikanischen Bank. In der Mitteilung hieß es: "Ab dem 6. Oktober 2022 legt die Zentrale Republikanische Bank der DVR nicht mehr die offiziellen Währungs- und Bankmetallkurse sowie den Leitzinssatz fest. Es ist notwendig, die von der Zentralbank Russlands festgelegten offiziellen Kurse und den Leitzinssatz zu befolgen."

Die Donezker Volksrepublik hatte sich am 30. September auf der Grundlage eines zwischenstaatlichen Vertrages der Russischen Föderation angeschlossen.

13:11 de.rt.com: **Friedensnobelpreis für pro-westliche Aktivisten**

Der diesjährige Friedensnobelpreis geht an die russische Menschenrechtsorganisation Memorial, den Leiter des weißrussischen Menschenrechtszentrums Wesna Ales Beljazki und das Center for Civil Liberties aus der Ukraine.

Die diesjährigen Friedensnobelpreisträger sind die russische Menschenrechtsorganisation Memorial, der weißrussische Menschenrechtsaktivist Ales Beljazki und das Center for Civil Liberties aus der Ukraine. Das gab das norwegische Nobelkomitee am Freitag in Oslo bekannt. Die diesjährigen Preisträger "repräsentieren die Zivilgesellschaft in ihren Heimatländern, schützen die Grundrechte der Bürger und setzen sich seit vielen Jahren für das Recht ein, Machthabende zu kritisieren", heißt es auf der offiziellen Webseite.

Memorial, die älteste Menschenrechtsorganisation in Russland, wurde laut einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Jahr 2021 aufgelöst. Russischen Staatsbürgern ist die Zusammenarbeit und finanzielle Förderung untersagt. Die Organisation war vor dem Verbot als ausländischer Agent und später als extremistisch eingestuft worden. Ihre Büros in Russland wurden geschlossen.

Beljazki wurde vergangenes Jahr in Weißrussland wegen Steuerhinterziehung festgenommen.

Der von ihm geleiteten Menschenrechtsorganisation Wesna (Frühling) wurde die staatliche Akkreditierung entzogen. Das ukrainische Center for Civil Liberties wurde im Jahr 2007 gegründet und engagiert sich unter anderem für den Schutz der Rechte von Flüchtlingen.

Alle genannten Organisationen erhalten bzw. erhielten Mittel von westlicher Seite. Das [Center for Civil Liberties](#) nennt als Geber auf seiner Seite etwa die Open Society Foundation des Oligarchen George Soros, die EU-Kommission und das US-Außenministerium.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock lobte die Entscheidung des Komitees in blumigen Worten:

"Ich verneige mich vor dem Mut von Ales Beljazki, Memorial und dem CentreForCivilLiberties. Dieser Friedensnobelpreis ehrt all jene, die mit enormen Mut und unter hohem Risiko für ihre Rechte und ihre Freiheit kämpfen. Gegen das Unrecht des vermeintlich Stärkeren."

Bereits vor einem Jahr wurde mit dem Chefredakteur der Zeitung Nowaja Gaseta Dmitri Muratow bereits ein regierungskritischer Russe mit dem Preis geehrt, laut Nobelkomitee für seinen "Kampf für Meinungsfreiheit".

In diesem Jahr hatten die Wettbüros unter anderem den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, den Kiev Independent und das ukrainische Volk zu den Favoriten gezählt.

Dotiert sind die Nobelpreise in diesem Jahr erneut mit jeweils zehn Millionen schwedischen Kronen (rund 980.000 Euro) pro Kategorie. Verliehen werden sie traditionell am 10.

Dezember, dem Todestag des Stifters Alfred Nobel. Die Stiftung des Friedensnobelpreises wurde im Testament Nobels festgelegt. Darin heißt es:

"Mit meinem verbleibenden realisierbaren Vermögen soll auf folgende Weise verfahren werden: Das Kapital, das von den Nachlassverwaltern in sichere Wertpapiere realisiert wurde, soll einen Fonds bilden, dessen Zinsen jährlich als Preis an diejenigen ausgeteilt werden sollen, die im vergangenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen erbracht haben. Die Zinsen werden in fünf gleiche Teile aufgeteilt: [...] und ein Teil an denjenigen, der am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt hat."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ff7ceb480cc09b026a38c.jpg>
 Moskauer Büro der Menschenrechtsorganisation Memorial

13:18 de.rt.com: **Musk nennt sich selbst einen großen Fan der Ukraine, aber nicht des Dritten Weltkriegs**

Der US-amerikanische Unternehmer, Tesla- und SpaceX-Gründer Elon Musk hat auf die Kritik an seinem Plan zur Lösung des Ukraine-Konflikts reagiert. Musk schrieb auf Twitter, er sei "ein großer Fan der Ukraine, aber kein Fan des Dritten Weltkriegs."

Der Milliardär konterte mit diesen Worten die Reaktion der ukrainischen Zeitung Kyiv Post auf seinen Friedensvorschlag. Das Blatt war mit dem Plan nicht einverstanden und hatte festgestellt:

"Die Situation mit Musk ist eindeutig außer Kontrolle geraten und es scheint, dass Stolz und Eitelkeit eine große Rolle bei seinen Versuchen spielen, die Rolle eines Experten für die Ukraine einzunehmen."

Die Kyiv Post forderte Musk auf, mit solcherlei Einlassungen aufzuhören und zuzugeben, dass er es "übertrieben" habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ffe648fbef76b052d1cc.jpg>
 Elon Musk

13:43 de.rt.com: **Wut in Belgrad: Neue EU-Sanktionen gegen Russland treffen Serbien**

Das neueste Sanktionspaket der Europäischen Union gegen Moskau trifft nun Serbien.

Belgrad wird nicht mehr in der Lage sein, preiswertes russisches Öl einzukaufen. Brüssel sei nur auf "Rache gegen freie Nationen" aus, so der serbische Innenminister Aleksandar Vulin. Die serbische Regierung hat die jüngsten Strafmaßnahmen der Europäischen Union (EU) gegen Moskau, die sich auf die russischen Ölexporte beziehen, scharf kritisiert und sie als ein eher "erstes EU-Sanktionspaket" gegen Serbien bezeichnet.

Die Beschränkungen, die Brüssel für den Transport von russischem Öl über den Seeweg verhängt hat, würden laut Regierungsvertretern in Belgrad diesen Rohstoff für Serbien sehr teuer machen und die Wirtschaft des Landes schwer treffen. In einer harschen Aussage bei einer Pressekonferenz am Donnerstag bezeichnete der serbische Innenminister Aleksandar Vulin die EU als "Ort unserer zukünftigen Erniedrigung und unseres Leidens".

Belgrad werde nun "gezwungen sein, das teurere irakische Öl zu kaufen und dadurch Hunderte von Millionen Euro zu verlieren", argumentierte Vulin und beschuldigte das benachbarte Kroatien, seit 2013 ein EU-Mitgliedstaat, sich für die neuen Maßnahmen eingesetzt zu haben. Vulin erklärte zudem, dass das einzige "konsequente" Merkmal der EU-Politik die "Rache an freien Nationen" sei. Zugleich prangerte er die Tatsache an, dass die Länder des westlichen Balkans nicht von den jüngsten Anti-Russland-Maßnahmen Brüssels ausgenommen worden seien.

Die EU habe "nicht das achte Sanktionspaket gegen Russland, sondern das erste Sanktionspaket gegen Serbien beschlossen", so der serbische Minister. Aus diesem Grund sei es seiner Meinung nach "besser, ein militärisch und politisch neutrales Land zu sein" als Mitglied in einem Club von Nationen, in dem die "psychologischen Komplexe" seiner Mitglieder das Kommando haben. Der 50-Jährige bezog sich dabei vor allem auf Kroatien, dessen Politik gegenüber Serbien er als "einen Mix aus schlechten Absichten und Komplexen" bezeichnete. Wann immer es darum gehe, Serbien Schaden zuzufügen, "da ist Kroatien".

Das russische Öl gelangt bislang über die Adria-Pipeline JANAF nach Serbien, die bereits 1974, als Serbien und Kroatien Teil des gemeinsamen Staates Jugoslawien waren, ursprünglich für das Erdöl aus dem Nahen Osten sowie aus Nordafrika fertiggestellt worden war. So wurde das Öl aus Russland zunächst mit dem Tanker in den kroatischen Adria-Hafen Omišalj auf der Insel Krk und dann weiter über die JANAF-Pipeline in die Raffinerie Pančevo in der Nähe von Belgrad geliefert.

Am Donnerstag kündigte die EU das achte Paket von Sanktionen für Russland wegen seiner Militäroperation in der Ukraine an, das eine Preisobergrenze und "weitere Beschränkungen" für den Seetransport von russischem Rohöl und Erdölprodukten in Drittländer vorsieht. Die Strafmaßnahmen werden somit ab 1. November direkt Serbien treffen, da eine laut Belgrad zuvor angedachte Ausnahme Serbiens von den Sanktionen nicht beibehalten wurde.

Die prowestlichen politischen Akteure in Belgrad sehen darin eine Retourkutsche Brüssels für das Beharren Belgrads darauf, keine Sanktionen gegen Russland zu verhängen und somit seine Außenpolitik jener der EU nicht anzugleichen. Belgrad beharrt jedoch darauf, dass es insgesamt gegen die Politik der Verhängung von Strafmaßnahmen sei, da man selbst Opfer von Sanktionen gewesen war und jahrelang schwer darunter gelitten habe.

Laut der noch amtierenden serbischen Premierministerin Ana Brnabić werde Serbien nun gezwungen sein, Öl aus anderen Ländern zu kaufen, was bis zu 20 Prozent teurer sei als jenes aus Russland. Sie äußerte sich ebenfalls sehr kritisch über die neuen Sanktionen Brüssels und sagte, sie würden "auf Kosten des Lebens und des Lebensstandards" der serbischen Bevölkerung eingeführt. "Sie werden uns Hunderte von Millionen Euro kosten", erklärte auch Brnabić gegenüber dem serbischen Fernsehsender Happy TV. Kurz zuvor bezeichnete sie die Entscheidung der EU, keine Ausnahmen für Belgrad bezüglich der Importe von russischem Öl zu machen, gegenüber der serbischen Nachrichtenagentur Tanjug als "skandalös".

"Was sie dachten, sie würden Russland schaden, haben sie aber uns am Mittwoch angetan, denn wir sind von der kroatischen Ölpipeline abhängig", fügte die serbische Premierministerin hinzu und warf sogar der EU vor, genau das zu tun, was sie eigentlich Moskau vorwerfe – "Energie für politische Erpressung und Abrechnung zu nutzen".



<https://thumbs.odycdn.com/f46a89ff6ac462e95ecd840cb5527097.webp>

13:52 de.rt.com: **Ukrainische Drohne über Militäreinheit im Gebiet Kaluga abgeschossen - 270 Kilometer von Moskau entfernt**

In den sozialen Netzwerken sind Berichte [aufgetaucht](#), wonach eine ukrainische Drohne heute, am 7. Oktober, einen Luftwaffenstützpunkt in der Nähe des Dorfes Schaikowka im Gebiet Kaluga angegriffen hat. Sie explodierte über der Landebahn einer Militäreinheit. Von dort aus sind es 270 Kilometer bis Moskau. Die Drohne selbst wurde vom ukrainischen Territorium aus gestartet, nahe der Grenze zu Russland, und schaffte es, etwa 200 Kilometer zum Ziel zu fliegen. Der Drohne gelang es nicht, ernsthaften Schaden anzurichten - sie wurde beim Anflug in der Luft abgeschossen.

Später [erklärte](#) der Gouverneur des Gebiets Kaluga, Wladislaw Schapscha, dass die Explosion auf einem Flugplatz in der Nähe von Kaluga stattgefunden habe. Ihm zufolge sei die Drohne abgestürzt, es gebe keine Verletzten.

denis-pushilin.ru: **Das Republikoberhaupt der DVR Denis Puschilin über die derzeitige militärische Lage**

Die Lage in der DVR bleibt schwierig: Der Gegner verübt nach wie vor Schläge auf Ortschaften. Infolge feindlichen Beschusses wurde ein Mann im Tschwerwonogwardejskij-Bezirk von Makejewka verletzt, unter Feuer der bewaffneten Formationen der Ukraine gerieten auch Petrowskij- und der Kirowskij-Bezirk von Donezk, Jasinowataja und Gorlowka. „Eine solche Situation besteht praktisch täglich. Wir erinnern uns schon gar nicht mehr an einen Tag, an dem es bei uns keine Verletzten und Toten gab, keinen Beschuss unserer Ortschaften gab“, sagte er.

„Am schwierigsten bleibt die Richtung Krasnyj Liman, aber die Situation stabilisiert sich. Im Gebiet von Kremennyja wird eine Verteidigungslinie formiert, dort werden zusätzliche Ressourcen eingesetzt.“

Die ukrainischen bewaffneten Formationen haben in Terny einen Brückenkopf ausgerüstet, von dem aus Ausfälle von Diversions- und Erkundungsgruppen auf die Straße Swatowo – Kremennaja erfolgen.

„Aber unsere Kräfte leisten recht erfolgreich Widerstand und die Diversionsgruppen werden im Grunde liquidiert, wie zum Beispiel in Jampolowka und in Torskoje, wo zwei Erkundungsgruppen liquidiert wurden und 21 Kämpfer vernichtet“, berichtete Denis Puschilin.

Dank der Arbeit der Soldaten der privaten Militärkompanie „Wagner“ verbessere sich die Situation in Richtung Artjomowsk weiter. Während der Kämpfe wurde die 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte „erheblich ausgedünnt, sie führten eine Umgruppierung in die Oblast Tscherkassy zur zusätzlichen Ausstattung durch“.

„Was Richtung Marjinka betrifft, so führt dort der südliche Militärbezirk Artillerieschläge durch und vernichtet militärische Positionen des Gegners.

In Richtung Donezk läuft mit den Kräften des 1. Armeekorps ein recht erfolgreiches Vorrücken in Richtung Perwomajskoje, unmittelbar dort finden bereits Kämpfe statt. Eine vollständige Befreiung dieser Ortschaft wird es erlauben, die Lieferungen nach Newelskoje abzuschneiden.

Was die Richtung Ugledarsk betrifft, so gibt es dort nach wie vor lokale Erfolge, aber bisher noch keine vollwertige Offensive, es werden dort Positionen verbessert, wo das möglich ist“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Denis Puschilin merkte auch an, dass der Ausbildungsprozess für die Mobilisierten weitergehe.

„Es wird Munition geliefert und das erlaubt es zu sagen, dass wir bald die Befreiung unserer Territorien fortzusetzen können“, unterstrich er.

Die Verstärkungskräfte müssen vor dem Einsatz auf jeden Fall eine Ausbildung auf den Übungsplätzen durchlaufen.

„Das ist eine notwendige Bedingung, ich halte das für absolut richtig. Hier muss man jetzt eine gewisse Pause aushalten, aber das wird garantieren, dass die Verluste soweit wie möglich minimiert werden, und unsere Einheiten werden im Rahmen der Operation zur Befreiung des Territoriums geschlossener vorankommen“, fasste Denis Puschilin zusammen.

14:31 de.rt.com: **Belgoroder Gouverneur Gladkow berichtet über ukrainischen Beschuss des Dorfes Schtschetinowka**

Das Dorf Schtschetinowka im Gebiet Belgorod ist von ukrainischer Seite beschossen worden, wobei es einen Verletzten gab. Dies hat der Gouverneur des Gebiets, Wjatscheslaw Gladkow, mitgeteilt. Auf seiner Telegram-Seite [schrieb](#) er:

"Zur Zeit wird das Dorf Schtschetinowka im Bezirk Belgorod beschossen. Ein Zivilist wurde verletzt. Ihm wird nun jede notwendige Unterstützung zuteil. Nach Angaben des Leiters ist sein Leben nicht in Gefahr. Wir werden versuchen, alles so schnell und so viel wie möglich zu tun."

Das Gebiet Belgorod wurde wiederholt von der Ukraine beschossen, seit dem 11. April gilt in dem gesamten Gebiet die gelbe Terrorismusbedrohungsstufe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6340127eb480cc08f94fabd4.jpg>

Ukrainische Soldaten feuern eine 152 Millimeter D-20-Haubitze ab

14:58 de.rt.com: **Putin und Erdoğan sprechen am Telefon über den Ukraine-Konflikt**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan telefoniert und die Entwicklung des Ukraine-Konflikts besprochen. Dies berichtete die türkische Zeitung Daily Sabah. Erdoğan gratulierte Putin zu seinem 70. Geburtstag und erklärte, dass die Türkei weiterhin bereit sei, ihren Beitrag zu einer friedlichen

Lösung des Konflikts in der Ukraine zu leisten. Im Gegenzug habe ihm Putin für seine Vermittlungsbemühungen in der Ukraine-Krise gedankt.

Wie die Kanzlei des türkischen Präsidenten außerdem meldete, äußerte Erdoğan den Wunsch nach einem bilateralen persönlichen Treffen in den kommenden Tagen. Er sagte:

"Es wäre gut, wenn wir ein solches Treffen in drei bis vier Tagen durchführen könnten. Wenn Herr Putin auch zu dem vom kasachischen Präsidenten in der nächsten Woche veranstalteten Gipfeltreffen der Konferenz zur Zusammenarbeit und vertrauensbildenden Maßnahmen (CICA) und der GUS kommen könnte, können wir auch bilaterale Verhandlungen sowie Verhandlungen zu Russland und der Ukraine führen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6340150cb480cc09b3619fe9.jpg>

Recep Tayyip Erdoğan und Wladimir Putin während des Gipfeltreffens in Samarkand am 16. September

15:24 de.rt.com: **Konaschenkow: Russisches Militär unterdrückt Versuche ukrainischer Nationalisten, Fluss Scherebez zu bezwingen**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat erneut über die Fortschritte der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine [informiert](#). Er sagte, die ukrainischen Streitkräfte hätten versucht, eine Überquerung des Flusses Scherebez in Richtung Krasny Liman zu erreichen. Dies sei jedoch fehlgeschlagen. Bei dem Versuch seien mehr als 30 Kämpfer, zwei Schützenpanzer, fünf gepanzerte Fahrzeuge und fünf Pickups zerstört worden. Die Offensive der ukrainischen Nationalisten wurde vereitelt.

Das Verteidigungsministerium Russlands teilte zudem mit, dass die russische Luftwaffe im Gebiet Chmelnizki die Reparaturwerkstätten für Raketen- und Artilleriewaffen der ukrainischen Nationalisten im Werk Schepetowka zerstört habe. Zwei Bataillone der ukrainischen Streitkräfte unternahmen ihrerseits einen erfolglosen Angriffsversuch in Richtung Kupjansk, der von russischen Truppen zurückgeschlagen wurde. Mehr als 80 Nationalisten, fünf Panzer, vier Schützenpanzer und zehn Fahrzeuge seien zerstört worden. In der Richtung Nikolajew-Kriwoi Rog sollen Nationalisten in fünf taktischen Bataillonsgruppen versucht haben, Offensiven in der Nähe von Pjatichatka, Sadka, Ischtschenki, Besymjannoje im Gebiet Cherson sowie Ternowyje Pody in der Nähe des Gebiets Nikolajew durchzuführen. Dort sei der Feind auf seine ursprünglichen Positionen zurückgedrängt worden, so Konaschenkow weiter. In Pjatichatka, Gebiet Cherson, sei eine taktische Gruppe der 60. Infanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte besiegt worden. Insgesamt seien im Laufe des Tages mehr als 300 Kämpfer getötet und sieben Panzer, 13 gepanzerte Kampffahrzeuge und 17 Fahrzeuge in der Richtung Nikolajew-Kriwoi Rog zerstört worden.

Außerdem teilte das russische Verteidigungsministerium mit, bei Luftangriffen auf die vorübergehenden Aufmarschstellen der 25. Luftlandebrigade und der 79. Luftlandebrigade in den Gebieten Sewersk und Slowjansk (DVR) sowie auf die 30. mechanisierte Brigade der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Kurdjumowka (DVR) seien über 100 Nationalisten getötet und zwölf Einheiten militärischer Ausrüstung zerstört worden.

Konaschenkow fügte hinzu, dass zwei Munitions- und Raketenartillerie-Waffendepots in Saporoschje und sechs Kommandoposten getroffen worden seien. Ein ukrainischer Mi-8-Hubschrauber in Dserschinsk, 21 HIMARS- und Olcha-Geschosse sowie vier HARM-Radarabwehrraketen wurden in der Luft abgefangen. Vier unbemannte Luftfahrzeuge konnten zudem zerstört werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63401df3b480cc09b026a3d1.jpg>

Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums

15:26 de.rt.com: **Verfallsdatum abgelaufen: Gesundheitsministerium muss 800 Millionen Masken entsorgen**

Im Jahr 2020 investierte das BMG unter Jens Spahn (CDU) Milliarden Euro an Steuergeldern in die Beschaffung unterschiedlicher Maskentypen. Im dritten Corona-Jahr muss nun ein Großteil davon vernichtet werden.

Für rund 730 Millionen OP-Masken und 60 Millionen FFP2- oder ähnliche Halbmasken suchen der Bund und das zuständige Gesundheitsministerium (BMG) eine zeitnahe Lösung für die notwendige anstehende Entsorgung. Laut Informationen des Magazins [Spiegel](#) (Bezahlschranke) ist das mittlerweile abgelaufene Haltbarkeitsdatum wesentlicher Grund für die Vernichtung. Bei rund 20 Prozent der seit März 2020 beschafften Masken sei "wegen Qualitätsmängeln" eine mögliche Auslieferung von vornherein nicht möglich gewesen. Nun plant der Bund, die überflüssigen und nutzlosen Masken anscheinend "thermisch zu verwerten", also zu verbrennen. Dazu seien "schon erste Ausschreibungen angelaufen", teilte das BMG dem Spiegel zufolge mit. Laut einer entsprechenden Anfrage der Nachrichtenagentur dpa vom Mai 2020 sprach das BMG zu dem damaligen Zeitpunkt "kurzfristig von einem weit höheren Bedarf". So heißt es in einem Artikel der [Süddeutschen Zeitung](#) vom 20. Mai 2020:

"Man rechne damit, dass das deutsche Gesundheitswesen während der Corona-Pandemie im Jahr mindestens 400 Millionen FFP2- und rund 800 Millionen Mund-Nasen-Schutzmasken benötige."

Der damalige zuständige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte zu Beginn der Corona-Krise rund 5,8 Milliarden Masken für knapp sieben Milliarden Euro gekauft. Die [Tagesschau](#) schrieb zu diesem Ereignis im Juni 2021:

"Kritik des Bundesrechnungshofs: Viel zu viele Schutzmasken gekauft."

In einem ersten Bericht kritisierte der Bundesrechnungshof die Verteilung von Masken an Apotheker und die milliardenschweren Freihaltepauschalen für Kliniken. Dazu hieß es bereits in einer Meldung der Tagesschau vom März 2021:

"FFP2-Masken aus Apotheken: 'Dumm und dämlich verdient'. Die Fachabteilungen im Gesundheitsministerium waren nach Recherchen von WDR, NDR und SZ gegen die kostenlose Abgabe von FFP2-Masken durch Apotheken: Doch Gesundheitsminister Spahn setzte sich durch - und verschaffte Apotheken damit gigantische Gewinne."

In dem zweiten Bericht wies der [Bundesrechnungshof](#) darauf hin, dass das BMG zu einem Zeitpunkt eingekauft hätte, als "diese (Masken) weltweit besonders teuer waren". Zu den Hintergründen heißt es:

"Diese Menge sei eine 'massive Überbeschaffung' gewesen, die das Ministerium auch nicht nachvollziehbar begründen konnte, so die Prüfer. Die 'vorgetragenen Berechnungen' aus dem Gesundheitsministerium beruhten 'auf sachfremden und unrealistischen Annahmen'."

So belief sich der Lagerbestand des Gesundheitsministeriums am 1. April 2021 "auf rund eine Milliarde FFP2-Masken und 1,4 Milliarden OP-Masken". Zu den 60 Millionen nun abgelaufenen Halbmasken gehören laut dem Spiegel-Artikel "auch solche, die nach einem umstrittenen, vom Ministerium abgespeckten Standard geprüft wurden". Spahn erfuhr im Juni 2021 [massive Kritik](#), als er das BMG beauftragte, minderwertige CPI-Masken auch "an Menschen mit Behinderungen, Obdachlose und Hartz-IV-Empfänger verteilen" zu lassen.

Dazu hieß es seinerzeit in einem [Spiegel-Artikel](#) (Bezahlschranke):

"230 Millionen Masken hat das BMG nach eigenen Angaben seit Beginn der Pandemie im Land verschickt. Alle Modelle seien ausreichend für den Infektionsschutz getestet worden und absolut sicher, beteuert Jens Spahn dieser Tage ohne Unterlass. Dabei waren es Masken, die nur in einem Kurzverfahren geprüft worden waren. Auf deren Qualität Pflegeheime, Krankenhäuser, Schulen vertrauten – und die sich oft als 'Murksmasken' (Zitat: Bild am Sonntag) erwiesen."

Im September 2022 brachte der Heyne Verlag Spahns Buch zur Corona-Krise auf den Markt. [Titel und Klappentext](#) lauten: "Wir werden einander viel verzeihen müssen. Wie die Pandemie uns verändert hat – und was sie uns für die Zukunft lehrt. Innenansichten einer Krise". Zu den möglichen Kosten der Maskenentsorgung wurde bis dato vom Bund und dem BMG nichts benannt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63400d65b480cc032575ca63.jpg>

Ein Maskenmodell der potenziell 60 Millionen FFP2-Masken, die laut dem Bund vernichtet werden sollen

15:58 de.rt.com: **Ukrinisches Militär kann Verteidigungslinien im Gebiet Cherson nicht durchbrechen**

Eine große Menge an ukrainischem Militärpersonal und Kriegsgerät steckt vor den russischen Verteidigungsstellungen bei Dawydow Brod 140 Kilometer vor Cherson fest. Dies berichtete der stellvertretende Verwaltungschef des Gebietes Cherson, Kirill Stremoussow. In einer Sendung des russischen Perwy Kanal erklärte er:

"Eine große Ansammlung an Kriegsgerät und Personal. Im Großen und Ganzen versuchen diese Kräfte, auf Cherson vorzustoßen. Inzwischen kamen sie über Dawydow Brod nahe an

den Dnjepr, gerieten in einen Feuerkessel und werden vernichtet. Sie versuchen, diese Strecke zu passieren, aber sie ist nicht kurz, momentan sind es etwa 140 Kilometer. Jetzt stecken die Nazis vor einer gestaffelten Verteidigungslinie fest, die vom Verteidigungsministerium Russlands aufgebaut wurde."

16:26 de.rt.com: Peking nach Sieg in UN-Menschenrechtsrat: Welt lässt sich vom Westen nicht irreführen

Nachdem ein westlicher Resolutionsentwurf im UN-Menschenrechtsrat am Widerstand der Entwicklungsländer, die für die chinesische Position stimmten, scheiterte, zeigt sich Peking siegesbewusst und bekräftigt seine Haltung.

Das chinesische Außenministerium hat am Donnerstagabend erklärt, das Votum des UN-Menschenrechtsrates gegen eine von den USA eingebrachte Resolution über die Uigurische Autonome Region Xinjiang in der Volksrepublik China zeige, dass die internationale Gemeinschaft sich trotz Drucks aus den Vereinigten Staaten und einigen anderen westlichen Staaten nicht leicht verführen lassen werde.

Der Sprecher des Außenministeriums in Peking fügte hinzu, der internationalen Gemeinschaft sei klar, dass das eigentliche Motiv der USA und der anderen westlichen Staaten bei der Debatte darin bestehe, China einzudämmen. Ihr gefalle es nicht, dass der Westen die Menschenrechte als Vorwand benutze, um sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.

Zuvor hatte der UN-Menschenrechtsrat mit einer Mehrheit von 19 zu 17 Stimmen einen von den USA vorangetriebenen Resolutionsentwurf abgelehnt, eine Debatte über einen Bericht des UN-Menschenrechtsbüros zu Xinjiang zu führen. Bei der Ablehnung des Resolutionsentwurfes spielten insbesondere die Stimmen von Entwicklungsländern eine große Rolle, während westliche Staaten für den Entwurf stimmten. Eine weitere große Gruppe von Staaten, darunter auch einflussreiche Mittelmächte wie Indien, Brasilien und Mexiko, enthielten sich der Stimme. Der Sprecher bekräftigte, dass die westliche Agenda gegen China es erneut nicht geschafft habe, internationale Unterstützung zu finden.



HRC 51st session					
A/HRC/51/L.6 - Debate on the situation of human rights in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, China					
ABST	ARGENTINA	YES	HONDURAS	YES	NETHERLANDS
ABST	ARMENIA	ABST	INDIA	NO	PAKISTAN
ABST	BENIN	NO	INDONESIA	YES	PARAGUAY
NO	BOLIVIA (PLURINATIONAL STATE OF)	YES	JAPAN	YES	POLAND
ABST	BRAZIL	NO	KAZAKHSTAN	NO	QATAR
NO	CAMEROON	ABST	LIBYA	YES	REPUBLIC OF KOREA
NO	CHINA	YES	LITHUANIA	NO	SENEGAL
NO	COTE D'IVOIRE	YES	LUXEMBOURG	YES	SOMALIA
NO	CUBA	ABST	MALAWI	NO	SUDAN
YES	CZECHIA	ABST	MALAYSIA	ABST	UKRAINE
NO	ERITREA	YES	MARSHALL ISLANDS	NO	UNITED ARAB EMIRATES
YES	FINLAND	NO	MAURITANIA	YES	UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND
YES	FRANCE	ABST	MEXICO	YES	UNITED STATES OF AMERICA
NO	GABON	YES	MONTENEGRO	NO	UZBEKISTAN
ABST	GAMBIA	NO	NAMIBIA	NO	VENEZUELA (BOLIVARIAN REPUBLIC OF)
YES	GERMANY	NO	NEPAL		

<https://pbs.twimg.com/media/FeYxfUEXEAE MnNV?format=jpg&name=small>

Der Vertreter der Bundesregierung stimmte für den Entwurf. Anschließend beklagte das Auswärtige Amt auf [Twitter](#) den Ausgang der Abstimmung als "schwarzen Tag für die Menschenrechte". Berlin wolle sich weiterhin "für die Menschen in Xinjiang und ihre Rechte" einsetzen. Menschenrechte gelten universell, so der Post des deutschen Außenministeriums. Auch führende westliche Medien beklagten lautstark das Ergebnis der Abstimmung. Bei den Fragen im Zusammenhang mit Xinjiang gehe es nicht um Menschenrechte, sondern

um den Kampf gegen gewalttätigen Terrorismus, Radikalisierung und Separatismus, so der chinesische Sprecher. Dank intensiver Bemühungen habe es in Xinjiang seit über fünf Jahren in Folge keinen gewalttätigen terroristischen Vorfall mehr gegeben, so Peking. Die Menschenrechte von Menschen aller ethnischen Gruppen in Xinjiang seien so gut geschützt wie nie zuvor, sagte der Sprecher des Außenministeriums.

Schon seit einiger Zeit würden die USA und einige andere westliche Länder die Öffentlichkeit über die Lage in der chinesischen Autonomieregion irreführen. Washingtons Ziel sei es, im Namen der Menschenrechte politische Manipulationen vorzunehmen und so Chinas Image zu beschmutzen und Chinas Entwicklung einzudämmen.

Der Sprecher betonte, dass diese westlichen Länder Fakten und Wahrheiten über die Region Xinjiang ignoriert hätten. In den letzten Jahren hätten sich fast 100 Länder, darunter viele islamische Länder, offen für Chinas Position in Xinjiang betreffenden Fragen ausgesprochen und sich dagegen gewehrt, diese Fragen zur Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten zu nutzen.

Die Themen, auf die sich der Menschenrechtsrat wirklich konzentrieren müsse, seien die schweren Menschenrechtsverletzungen durch die USA, Großbritannien und andere westliche Mächte, etwa der systemische Rassismus und die Rassendiskriminierung, die Rechte von Flüchtlingen und Migranten und die grassierende Waffengewalt, so das Außenministerium in Peking.

China forderte die USA und andere westliche Mächte auf, auf politische Manipulation, Desinformation und Unterdrückung zu verzichten, auf den Weg des Dialogs und der Zusammenarbeit zurückzukehren und echte Beiträge zur weltweiten Förderung der Menschenrechte zu leisten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63401f5db480cc09b026a3d8.jpg>
g

Grenzposten in Xinjiang

16:33 de.rt.com: **Russische Musik in der Ukraine jetzt verboten**

Seit dem 7. Oktober sind russische Musik und Tourneen russischer Musiker in der Ukraine gesetzlich verboten. Dies berichtete die russische Nachrichtenagentur [TASS](#) am Freitag.

Das Verbot tritt ab diesem Freitag in Kraft und betrifft in erster Linie Fernsehen, Radio und den öffentlichen Raum. Dort ist es nun verboten, russische Musik und Lieder wiederzugeben. Das Gesetz gilt für Lieder jener Musiker, die "jederzeit nach dem Jahr 1991 Bürger eines Staates sind oder waren", der von der Werchowna Rada als Aggressor anerkannt wurde.

Außerdem ist es verboten, russische Musik im öffentlichen Verkehr und in Taxis zu spielen. Des Weiteren ist es russischen Sängern untersagt, in der Ukraine aufzutreten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63402fbeb480cc09b026a3fc.jpg>

Der beliebte russische Sänger Dima Bilan

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 7.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 48 befreiten Ortschaften wurde Renten ausgezahlt.

An zwei Kommunikationsobjekten in Mariupol und an einem in Sartana wurde LTE in Betrieb genommen. Drei weitere Kommunikationsobjekte wurden in Mariupol für die Inbetriebnahme vorbereitet.

Mehr als 5400 Menschen haben sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens gewandt.

In Wolnowacha, Mariupol und Swetlodarsk gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 40 Hektar Gelände untersucht und 148 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Wolnowacha, Mariupol, Kamensk und Mironowskij durchgeführt.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:04 de.rt.com: **Stromausfall in Energodar wegen Explosion beim Wärmekraftwerk Saporoschje**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen das Feuer auf die Stadt Energodar und nahe liegende Siedlungen eröffnet haben. Dies habe zu einer Explosion in der Nähe einer Schaltanlage des Wärmekraftwerkes Saporoschje geführt. Anschließend sei in der Stadt und in umliegenden Gebieten der Strom ausgefallen. Dies teilte die militärisch-zivile Verwaltung der Stadt am Freitag der russischen Nachrichtenagentur [TASS](#) mit. In der Erklärung hieß es:

"Während des Beschusses wurde in der Nähe der Schaltanlage des Wärmekraftwerks eine Explosion registriert. In der Folge fiel der Strom in der gesamten Stadt Energodar und den nächstgelegenen Siedlungen aus."

Fachkräfte sollen derzeit daran arbeiten, das System an Ersatzleitungen anzuschließen, um die Stromversorgung wiederherzustellen. Auf einem Video, das die [TASS](#) veröffentlichte, ist die Explosion zu sehen.

17:17 de.rt.com: **Sergei Lawrow: Selenskijs Aufruf zum Atomschlag bekräftigt Notwendigkeit der Militäroperation**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat die Erklärung des ukrainischen Präsidenten über die Notwendigkeit eines Präventivschlags gegen Russland kommentiert. Dies beweise, dass die russische Spezialoperation in der Ukraine wirklich notwendig sei, so der Diplomat.

Der Aufruf des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zum Präventivschlag gegen Russland sei eine Bestätigung für die von Kiew ausgehenden Gefahren und die Notwendigkeit der russischen speziellen Militäroperation in der Ukraine. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow auf einer Sitzung der Kommission der Partei "Einiges Russland" im Rahmen des internationalen parteiübergreifenden Forums "Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung":

"Gestern forderte Selenskij seine westlichen Herren auf, einen nuklearen Präventivschlag gegen Russland durchzuführen. Damit hat die Figur der Welt einen weiteren Beweis für die Bedrohung durch das Kiewer Regime geliefert, zu deren Beseitigung eine spezielle Militäroperation begonnen wurde."

Lawrow bezeichnete die Versuche des Pressesprechers Selenskijs, zu behaupten, der ukrainische Präsident habe etwas anderes gemeint, als lächerlich. Der Außenminister erinnerte an frühere Aussagen des ukrainischen Staatschefs:

"Wir alle behalten im Kopf, als er im Januar erklärte, dass die Ukraine in den Besitz von Atomwaffen gelangen wolle. Das ist also ein Gedanke, der ihm sehr am Herzen liegt."

Im Verlauf des russischen Einsatzes in der Ukraine seien "sehr beunruhigende Fakten" aufgedeckt worden, darunter illegale militärisch-biologische Programme in vom Pentagon eingerichteten Labors in der Ukraine, einschließlich Experimenten zur Entwicklung verbotener chemischer Kampfstoffe, hieß es weiter. Lawrow machte auch auf die "höchst gefährlichen Angriffe auf das Kernkraftwerk Saporoschje" aufmerksam. Diesbezüglich betonte der Chefdiplomat:

"Wenn wir über Umweltsicherheit sprechen, können wir natürlich nicht über die in letzter Zeit zunehmenden Diskussionen über den möglichen Einsatz von Atomwaffen schweigen, insbesondere nicht über die rücksichtslosen Aktionen des Kiewer Regimes, die darauf abzielen, Risiken für den Einsatz verschiedener Arten von Massenvernichtungswaffen zu schaffen."



<https://thumbs.odycdn.com/5f8f604a9c3929cf6a0a787ec187ef67.webp>

Der russische Außenminister Sergei Lawrow in Uganda

17:38 de.rt.com: **Österreich wird keine tödlichen Waffen an die Ukraine liefern**

Der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer hat auf einer Pressekonferenz erklärt, dass sein Land keine tödlichen Waffen an Kiew liefern werde. Ihm zufolge schicke Österreich lediglich Schutzausrüstung in die Ukraine. Die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) zitiert ihn mit den Worten:

"Wir liefern Schutzausrüstung – Helme, Westen, aber keine tödlichen Waffen. Diese Linie werden wir weiterverfolgen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63403ccf48fbef14925b2cd5.jpg>

Der Bundeskanzler Österreichs, Karl Nehammer

17:57 de.rt.com: **Gerichtsmedizin in Iran: Mahsa Amini starb infolge einer Krankheit – nicht an Folgen von Schlägen**

Die Iranerin Mahsa Amini soll infolge einer Krankheit gestorben sein und nicht nach "Schlägen" durch die Polizei in Teheran. Die westlichen Meinungsmacher haben in den letzten Wochen in einer groß angelegten Medienkampagne versucht, ihr eigenes Narrativ zu diesem Vorfall zu verbreiten.

Der finale Bericht der Gerichtsmedizin in Iran veröffentlichte am Freitag das Ergebnis einer offiziellen medizinischen Untersuchung zur Todesursache von Mahsa Amini. Demnach starb die 22-jährige Iranerin infolge einer Krankheit und nicht an den Folgen von "Schlägen".

Der dramatische Tod der 22-jährigen Iranerin löste in Iran in den vergangenen Wochen eine Welle an Protesten aus, die in kurzer Zeit in Unruhen und Mob-Gewalt aufgrund der

orchestrierten Kampagne des Westens bezüglich des Vorfalls umschlugen. Die westlichen Meinungsmacher haben in einer groß angelegten Medienkampagne versucht, ihr eigenes Narrativ zu diesem Vorfall zu verbreiten. Laut Darstellung westlicher Medien sei Mahsa im Gewahrsam der "Moralpolizei" gestorben. Mahsa Amini brach vor drei Wochen unter ungeklärten Umständen auf der Polizeiwache zusammen und wurde drei Tage später im Krankenhaus für tot erklärt.

Die Autopsie und pathologische Untersuchungen hätten ergeben, dass Aminis Tod nicht infolge von "Schlägen gegen den Kopf und lebenswichtige Organe" eingetreten sei. Vielmehr hänge er mit einem chirurgischen Eingriff zusammen, der bei ihr im Alter von acht Jahren wegen eines Hirntumors vorgenommen worden sei, hieß es in dem Bericht der Gerichtsmedizin.

Der Tod von Mahsa hat in den letzten Wochen reichlich Stoff für Iranphobie gegeben, wobei westliche Medien versucht haben, aufgrund der kurdischen Herkunft der Verstorbenen separatistische Aktivisten in ihrer Berichterstattung aufzuwerten. Mahsa wurde in westlichen Medien als Kurdin und nicht als Iranerin bezeichnet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6340187a48fbef14925b2c96.jpg>

Eine Demonstrantin schneidet sich die Haare während einer Demonstration zur Unterstützung von Mahsa Amini am 1. Oktober 2022 in Madrid

abends:

18:11 de.rt.com: **Europäische Union stellt Kiew zwei weitere Milliarden Euro in Aussicht**

Die Europäische Union wird der Ukraine in den kommenden Tagen eine Finanzhilfe in Höhe von zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Dies sagte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, auf einer Pressekonferenz nach dem Gipfel der EU-Staatschefs in Prag. Die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) zitiert sie:

"Zwei weitere Milliarden werden in den kommenden Tagen bereitgestellt."

18:56 de.rt.com: **Weißrussisches Verteidigungsministerium: Weißrussland kann bei Bedarf 500.000 ausgebildete Reservisten einberufen**

Weißrussland kann bei Bedarf 500.000 ausgebildete Reservisten in die Streitkräfte einberufen. Dies erklärte der weißrussische Verteidigungsminister Wiktor Chrenin. Seine Antworten auf die Fragen von Journalisten wurden auf dem Telegram-Kanal des weißrussischen Verteidigungsministeriums [veröffentlicht](#).

Nach Angaben von Chrenin hätten in den letzten 20 Jahren 130.000 Menschen die Mobilisierungs-Trainingslager durchlaufen. Das Ministerium zitierte die Antwort des Ministers:

"Das Verteidigungsministerium kann bei Bedarf 500.000 Wehrpflichtige bereitstellen, und wir sprechen von einer ausgebildeten Reserve."

Er wies darauf hin, dass in Weißrussland keine Notwendigkeit bestehe, eine Vertragsarmee zu schaffen, da 60 Prozent der Soldaten bereits Vertragsbedienstete seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6340488d48fbef14b52945d2.jpg>

20:09 (19:09) novorosinform.org: **Die Situation in der Region Cherson ist stabil - Behörden der Region**

Die russischen Streitkräfte sorgen für die Sicherheit der Grenzen der Region Cherson, sagte Sergej Elisejew, Vorsitzender der Regionalregierung.

Die Strafverfolgungsbehörden ihrerseits sorgen seiner Meinung nach für Recht und Ordnung und gehen gegen alle Straftaten vor.

„Die Situation in der Stadt Cherson und in den kontrollierten Gebieten der Region Cherson ist stabil. Wir arbeiten wie geplant weiter, es gibt keine Panikstimmungen oder Ängste“, sagte Elisejew in einer auf dem Telegram-Kanal der Verwaltung der Region veröffentlichten Videobotschaft.

Zuvor erklärte der stellvertretende Leiter der Verwaltung der Region Cherson, Kirill Stremousow, dass die Streitkräfte der Ukraine nicht in der Lage sein würden, die Tiefenverteidigung in der Nähe von Cherson zu überwinden.



https://novorosinform.org/content/images/52/36/55236_720x405.jpg

19:23 de.rt.com: **Russische Botschaft in Dänemark: Instandsetzung der Nord-Stream-Pipelines möglich**

Moskau sei bereit, eine eigene Untersuchung der Sabotage an den Nord-Stream-Pipelines durchzuführen. Anschließend werde eine Entscheidung über deren Instandsetzung möglich sein. Dies teilte die russische Botschaft in Dänemark am Freitag mit. Sie hob zudem hervor, dass Kopenhagen Moskau nicht in die Untersuchung einbeziehen wolle. Dies untergrabe

wiederum das Vertrauen in die künftigen Untersuchungsergebnisse. In der Erklärung hieß es: "Die Tatsache, dass die dänischen Behörden keine Vertreter der russischen Seite in die Untersuchung einbeziehen wollen, untergräbt die Glaubwürdigkeit der künftigen Ergebnisse. Die Beschränkung der Teilnehmer auf Staaten, die entweder bereits NATO-Mitgliedstaaten sind oder sich auf dem Weg zu dieser Allianz befinden, macht die Untersuchung politisch parteiisch."

Die russische Seite schließe die Möglichkeit der Instandsetzung von Gasleitungen nicht aus. Eine entsprechende Entscheidung darüber könne jedoch erst nach einer Untersuchung der Pipelines und der Schäden getroffen werden.

20:31 (19:31) novorosinform.org: **Russland kann die Aussagen von Selenskij über den Präventivschlag gegen Russland nicht ignorieren – Peskow**

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, forderte ausländische Politiker auf, Selenskij's Worten Beachtung zu schenken.

In der Sendung "Moskau. Kreml. Putin" auf "Rossija 1" betonte Peskow, dass diese Äußerung des ukrainischen Präsidenten sehr gefährlich sei und nur die Notwendigkeit der Spezialoperation unterstreiche.

„Das Oberhaupt der Ukraine fordert die führenden Staaten der Welt tatsächlich auf, einen präventiven Atomschlag gegen Russland zu starten. Solche Äußerungen sprechen für die Moral des ukrainischen Präsidenten“, sagte Peskow.

Russland bedauere, dass der Westen „seinen Vasallen“ Selenskij nach dieser Äußerung nicht im Zaum gehalten habe, fügte der Kreml-Sprecher hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/52/39/55239_720x405.jpg

19:37 de.rt.com: **Frankreich: Wir bemühen uns um Verhinderung einer Nuklearkatastrophe durch Dialog mit Russland**

Der französische Regierungssprecher Olivier Véran hat verkündet, dass Frankreich und andere westliche Länder alle Dialog-Kanäle mit Russland nutzen, um einen möglichen Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine zu verhindern.

Zur Verhütung des Szenarios einer nuklearen Katastrophe in der Ukraine erhalten Frankreich und andere westeuropäische Länder die diplomatischen Kanäle mit Russland aufrecht. Dies gab der Sprecher der französischen Regierung, Olivier Véran, in einem Interview mit dem Fernsehsender BFM TV bekannt:

"Frankreich und Westeuropa sind sehr wachsam und werden alle Mittel, auch diplomatische, einsetzen, um zu verhindern, dass sich die Ereignisse gemäß dem Szenario einer nuklearen Katastrophe entwickeln."

Zwar habe es Drohungen aus Moskau gegeben, aber die Aufrechterhaltung des

diplomatischen Dialogs "hilft uns dabei, klarzumachen, dass dieses Szenario unzulässig ist", so der Beamte weiter. Véran wies zudem darauf hin, dass Paris die Lage um das Kernkraftwerk Saporoschje im Blick behalte. Aktuell arbeitet dort eine Mission der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), "um die Sicherheitsbedingungen zu gewährleisten und um zu bestätigen, dass es keine Probleme mit den Reaktoren gibt", unterstrich der Regierungssprecher.

Das Kernkraftwerk Saporoschje in Energodar wird von russischen Truppen kontrolliert. Anfang September wurde die Anlage von einer IAEA-Mission unter Leitung des Generaldirektors Rafael Grossi besucht. Nachdem die meisten Mitglieder der Mission das Kernkraftwerk wieder verlassen hatten, blieben zwei IAEA-Mitarbeiter als Beobachter. Später veröffentlichte die Atomenergiebehörde einen Report, wo sie die Einrichtung einer Sicherheitszone rund um die Anlage fordert, um Unfälle durch militärische Handlungen zu verhindern.

Walentina Matwijenko, die Sprecherin des Föderationsrates (Oberhaus des russischen Parlaments), hatte zuvor darauf hingewiesen, dass der Westen alle Argumente ausgeschöpft habe, um Russland zu diskreditieren. Nun spreche daher von einer nuklearen Bedrohung. Russland "hatte nie vor, irgendjemanden mit Atomwaffen zu bedrohen." Vielmehr betrachte Moskau diese Waffen als reine Abschreckung und Schutzfaktor im Falle einer Aggression, fügte die hochrangige Beamtin hinzu.

Szenarien, in denen Russland theoretisch Atomwaffen einsetzen könnte, sind in der russischen Militärdoktrin und im Erlass über "Die Grundlagen der staatlichen Politik zur nuklearen Abschreckung" dargelegt. Aus diesen Dokumenten geht hervor, dass der Einsatz von Atomwaffen im Falle einer Aggression mit Massenvernichtungswaffen gegen Russland oder seine Verbündeten möglich sein könnte bzw. im Falle einer Aggression mit konventionellen Waffen, wenn die Existenz des Staates bedroht ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63401bf048fbef137d3baacd.jpg>

Quadriga-Statue auf der Spitze des Grand Palais in Frankreich

19:58 de.rt.com: **Macron: Frankreich strebt an, weitere Waffen an die Ukraine zu liefern und dafür einen Fonds einzurichten**

Die EU werde einen Fond im Wert von 100 Millionen Euro für die Ukraine einrichten, sodass die Ukraine Waffen direkt in Europa erwerben könne. Dies gab laut der russischen Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am Freitag nach einem EU-Gipfel in Prag bekannt.

Er fügte hinzu, dass sein Land derzeit Gespräche mit Dänemark führe, um der Ukraine zusätzlich zu den 18 bereits gelieferten hochpräzisen selbst fahrenden Haubitzen im 155-Millimeter-Kaliber vom Typ CAESAR noch weitere zu liefern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634053afb480cc5b252002b4.jpg>

Die französische selbst fahrende Haubitze im 155-Millimeter-Kaliber vom Typ CAESAR

20:13 de.rt.com: **Kiew-Besuch: Strack-Zimmermann macht Druck für weitere Panzerlieferungen**

Am Donnerstag reiste die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag Marie-Agnes Strack-Zimmermann nach Kiew und forderte erneut Lieferungen von schweren Kampf- und auch Schützenpanzern an die Ukraine. Damit soll offenbar auch Druck auf das Kanzleramt ausgeübt werden.

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) ist am Donnerstag nach Kiew gereist. Strack-Zimmermanns zweitägiger Besuch in Kiew erfolgte nur knapp eine Woche, nachdem Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) zum ersten Mal seit Kriegsbeginn in die Ukraine gereist war. In Kiew wiederholte die FDP-Politikerin ihre Forderung nach Lieferungen von schweren Kampf- und auch Schützenpanzern an die Ukraine und versuchte, Druck auf das Kanzleramt und die SPD auszuüben. Der dpa teilte sie mit:

"Aber die Ukraine braucht weiterhin Unterstützung von uns, um über den Winter zu kommen. Das betrifft allen voran Munition, aber auch die Lieferung von Schützen- oder Kampfpanzern, um russische Stellungen zurück zu drängen."

Sie wolle sich vor allem erkundigen, wie "ernst der Wunsch Kiews nach der Lieferung westlicher Kampfpanzer" sei. Die FDP-Politikerin hatte sich bereits zuvor mehrfach für die Lieferung schwerer Waffen und für weitere Panzerlieferungen an die Ukraine ausgesprochen. Insbesondere den deutschen Schützenpanzer Marder hält die Rüstungslobbyistin für geeignet, falls die ukrainische Armee die Ostukraine okkupieren will.

"Gerade der Schützenpanzer Marder ist dafür gemacht worden, Stellungen zu bekämpfen. Der wäre ein zusätzliches militärisches Gerät, das in dieser Phase von hoher Relevanz ist."

Sie wolle sich zudem vor Ort ein Bild machen. Die Ukraine habe zwar im Ringtausch sowjetische Panzer aus Osteuropa erhalten, "aber was die Präzision betrifft, ist in den westlichen Panzern noch mal eine andere Feuerkraft dahinter", erklärte die Rüstungslobbyistin.

Wie der Spiegel berichtet, dient die Reise Strack-Zimmermanns auch dazu, in Bezug auf die Frage der Waffenlieferungen den Druck auf Kanzleramt zu erhöhen. Bereits eine Reise im April – zusammen mit dem Ausschussvorsitzende für Auswärtiges, Michael Roth (SPD) und Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) – hatte in Berlin hohe Wellen geschlagen. Im Anschluss an die Reise forderten die drei Abgeordneten die Lieferung schwerer Waffen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kritisierte dies daraufhin und sagte:

"Manchen von diesen Jungs und Mädels muss ich mal sagen: Weil ich nicht tue, was ihr wollt, deshalb führe ich."

Insbesondere Politiker der FPD und der Grünen sprechen sich weiterhin vehement für die Lieferung schwerer Artillerie aus, die SPD und Scholz scheinen jedoch skeptischer zu sein. Strack-Zimmermann hatte bereits im September auf die Lieferung von Leopard-2-Panzern gepocht.

Dem ZDF erklärte Strack-Zimmermann, dass sie sich der Symbolwirkung ihrer Reise bewusst sei, diese diene jedoch "nicht ausschließlich" dazu, Druck auf den Kanzler auszuüben, dies sei "dann doch etwas zu simpel". Sie räumte jedoch ein, dass die Tatsache, dass sie gereist sei, "unter Umständen jetzt schon" wirke.

Bereits zu Beginn ihrer Reise hatte Strack-Zimmermann in den sozialen Medien für Kritik gesorgt: Grund dafür waren jedoch nicht die Forderung nach Waffenlieferungen, sondern die Maskenpflicht. Auf Fotos ist zu sehen, dass Strack-Zimmermann im Nachtzug vom polnischen Grenzort Przemyśl in die Ukraine keine Maske trug. Dies erhitze die Gemüter in den sozialen Medien, da Strack-Zimmermann sich bei der Entscheidung über die Maskenpflicht in Zügen in Deutschland zwar enthielt, sich früher allerdings für das Maskentragen [ausgesprochen](#) hatte. Eine Nutzerin kommentierte daraufhin:

"Es wird gemunkelt, dass es sich um ein Regierungsmitglied handelt, welches für die FFP2-Maskenpflicht im Zug gestimmt hat. Nach dem Regierungsfliegerdebakel muss klar sein, dass die Maskenpflicht nun auch im Zug obsolet ist."

Strack-Zimmerman kommentierte daraufhin:

"Hallo Monique, es wird gemunkelt, dass in der Ukraine in einem separaten Wagon keine Maskenpflicht herrscht. Verstehst Du das oder ist das wieder mal zu intellektuell für Dein Gemüt?"

Die Antwort der FDP-Politikerin heizte den Shitstorm allerdings weiter an. So kommentierte ein Nutzer:

"Warum braucht man in Deutschland noch eine Maskenpflicht (sogar FFP2), in der Ukraine und so gut wie allen anderen europäischen Ländern aber nicht? Was ist hier so krass anders?"



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63404766b480cc23f87203f3.jpg>

Marie-Agnes Strack-Zimmermann

21:34 (20:34) novorosinform.org: **Musks Starlink funktioniert in der Ukraine nicht mehr**

Die Streitkräfte der Ukraine haben nach den jüngsten Äußerungen von Elon Musk die Möglichkeit verloren, das Starlink-Satelliteninternet zu nutzen.

Die Kiewer Behörden berichten von kritischen Fehler im Betrieb des Starlink-Netzwerks, nachdem sie die Äußerungen von Elon Musk im sozialen Netzwerk kritisiert haben, berichtet die Ausgabe von „Perwy Sewastopolskij“.

Es wird berichtet, dass Ausfälle im Satellitennetzwerk zu „katastrophalen“ Folgen für ukrainische Kämpfer geführt hätten. Laut einer Quelle in Kiew lösten die Unterbrechungen

Panikmeldungen von Soldaten an Telefonen von Vertrauensdiensten aus.
Die Probleme traten auf, als die Streitkräfte der Ukraine infolge der Referenden in den Regionen DVR, LVR, Cherson und Zaporozhye an Russland übergegangene Gebiete eroberten.



https://novorosinform.org/content/images/52/45/55245_720x405.jpg

20:35 de.rt.com: **Medienbericht: Indonesien bereitet sich darauf vor, Putin und Selenskij beim G20-Gipfel zu empfangen**

Russlands Präsident Wladimir Putin und der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij sollen voraussichtlich am diesjährigen G20-Gipfel in Indonesien teilnehmen. Dies berichtete die Tageszeitung The National am Freitag. Wenn sie im nächsten Monat nach Bali reisen, wäre es das erste Mal seit Beginn der Militäroperation, dass sich die beiden Staatsoberhäupter am selben Ort treffen. Der indonesische Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Husin Bagis, äußerte in einem Exklusivinterview mit The National die Hoffnung, dass sie teilnehmen, und fügte hinzu:

"Die Situation ist wegen des Krieges zwischen der Ukraine und Russland nicht einfach."

Bagis erklärte, dass bereits alles für den Empfang der beiden Präsidenten vorbereitet werde. Wörtlich sagte er:

"Wir entscheiden derzeit, in welchen Hotels wir sie unterbringen – eines für Herrn Putin und eines für Herrn Selenskij."

Weder das ukrainische noch das russische Außenministerium reagierten auf die Anfragen von The National, ob die Staats- und Regierungschefs am 15. und 16. November an dem Treffen teilnehmen werden. Zu diesem Forum, das im November auf der Insel Bali stattfindet, werden die Staats- und Regierungschefs der 20 größten Volkswirtschaften der Welt sowie Gastländer wie die Vereinigten Arabischen Emirate und die Ukraine erwartet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63406cc1b480cc540a42d74b.jpg>
g